

Abstimmungsvorlagen

17. Juni 2012

- 4 Gesetz über die Entlastung des Finanzhaushalts bis 2014
- 5 Änderung der Kantonsverfassung über die Organisation der Gerichte
- 6 Änderung der Kantonsverfassung über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht
- 7 Gesetz über den Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht

■ Inhaltsverzeichnis

Kurz und bündig	5
An die Stimmberechtigten	8
4 Gesetz über die Entlastung des Finanzhaushalts bis 2014	
Erläuterungen	9
Gesetzestext	23
5 Änderung der Kantonsverfassung über die Organisation der Gerichte	
Erläuterungen	16
Änderung Kantonverfassung	27
Änderung Gerichtsorganisationsgesetz, GOG	29
Änderung Gerichtsorganisationsdekret, GOD	34
Änderung Personaldekret	35
Änderung EG StPO	37
6 Änderung der Kantonsverfassung über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht	
Erläuterungen	18
Änderung Kantonverfassung	39

7 Gesetz über den Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht

Erläuterungen	18
Gesetzestext	40
Änderung Dekret	68

■ **Empfehlung an die Stimmberechtigten**

- **Ja** empfehlen die Regierung und der Landrat den Stimmberechtigten zur Entlastung des Finanzhaushalts bis 2014 (Entlastungsrahmengesetz)
- **Ja** empfehlen die Regierung und der Landrat den Stimmberechtigten zur Änderung der Kantonsverfassung über die Organisation der Gerichte
- **Ja** empfehlen die Regierung und der Landrat den Stimmberechtigten zur Änderung der Kantonsverfassung über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht
- **Ja** empfehlen die Regierung und der Landrat den Stimmberechtigten zum Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht

■ Kurz und bündig

Der Kanton Basel-Landschaft hat ein strukturelles Defizit. Das heisst, die Leistungen, welche die Kantonale Verwaltung für die Einwohnerinnen und Einwohner erbringt, haben in den letzten Jahren mehr gekostet, als der Kanton Einnahmen hatte. Um das Defizit zu decken, begann der Kanton von seinem Eigenkapital zu zehren. Diese Entwicklung würde sich in den kommenden Jahren fortsetzen, hätte der Regierungsrat nicht Gegenmassnahmen aufgegleist.

Schon 2010 erkannte der Regierungsrat den dringenden Handlungsbedarf. Nach der Kantonsverfassung § 129 muss der Finanzhaushalt mittelfristig ausgeglichen sein und sind alle Ausgaben periodisch auf ihre Notwendigkeit sowie finanziellen Tragbarkeit hin zu prüfen. Wer mehr ausgibt, als er einnimmt, lebt von der Substanz und zu Lasten künftiger Generationen. Eine Verbesserung bringt nur eine nachhaltige Aufwandreduktion. Im Sinne der Verfassung durchleuchtete der Regierungsrat die Verwaltung dahingehend, welche Tätigkeiten verschlankt oder reduziert und welche Einnahmenquellen vergrössert werden könnten. In diesen Prozess eingebunden waren auch Mitglieder des Landrats, der "landrätliche Think Tank", welcher als Bindeglied zum Parlament diente. Das gemeinsame Ziel war, den Staatshaushalt um die Summe von 180 Millionen Franken zu entlasten. Die Entlastung sollte schrittweise bis im Jahr 2014 erreicht sein und dann dauerhaft Bestand haben.

Die Projektgruppe einigte sich auf 185 Massnahmen, also 185 kantonale Aufgaben, bei denen eine Anpassung vorgenommen werden soll. Sie bilden das "Entlastungspaket 12/15". Das gesamte Massnahmenpaket ist gut ausgewogen. Es wird von vielen Schultern gemeinsam getragen: von kantonalen Stellen aus allen fünf Direktionen, wie auch von Einwohnerinnen und Einwohnern, die Veränderungen bei der Leistungserbringung spüren werden.

Die meisten der 185 Massnahmen kann der Regierungsrat in eigener Kompetenz umsetzen. Damit hat er bereits begonnen. Weitere werden durch das Parlament entschieden. Neun Massnahmen gelangen jetzt zur Volksabstimmung, davon sind sieben im Entlastungsrahmengesetz zusammengefasst.

Entlastungsrahmengesetz

Die sieben Massnahmen des Entlastungsrahmengesetzes haben einen Entlastungsumfang von 26 Millionen Franken. Es war der Wunsch des Regierungsrates, dass über sie nicht einzeln, sondern gesamthaft abgestimmt wird. Nur so kann das Entlastungspaket 12/15 seine volle Wirkung entfalten und der Staatshaushalt ins Lot gebracht werden. Um die Abstimmung für die sieben Massnahmen als Gesamtpaket zu ermöglichen, bedurfte es einer rechtlichen Grundlage, dem "Gesetz über die Entlastung des Finanzhaushaltes bis 2014" oder kurz "Entlastungsrahmengesetz".

Der Regierungsrat sowie der Landrat empfehlen Ihnen, dem Entlastungsrahmengesetz zuzustimmen.

Änderung der Kantonsverfassung über die Organisation der Gerichte

Das "Entlastungspaket 12/15" sieht im Bereich der Gerichte vor, dass die heutigen sechs Bezirksgerichte an fünf verschiedenen Standorten aus Effizienzgründen neu zu zwei Zivilkreisgerichten an zwei Standorten (Sissach und Arlesheim) zusammengeführt werden. Dadurch werden statt bisher fünf Gerichtsgebäude nur noch deren zwei gebraucht. Mit der vorgeschlagenen besseren Auslastung von weniger Gebäuden kann der Kantonshaushalt jährlich um 230'000 Franken entlastet werden.

Der Regierungsrat sowie der Landrat empfehlen Ihnen, der Änderung der Kantonsverfassung über die Organisation der Gerichte zuzustimmen.

Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht

Unter der Bezeichnung "Projekt FOCUS" werden im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 stark überalterte Strukturen den zeitgemässen Gegebenheiten in Sachen Mobilität und Kommunikation angepasst. Das bisherige staatliche Monopol des Amtsnotariats bezüglich Liegenschaftsgeschäfte wird aufgehoben.

Ab dem 1. Juli 2012 sollen selbständig erwerbende Notarinnen und Notare auch für Grundstücksgeschäfte zuständig sein.

Die mehrfach geführte Struktur der Behörden im Zivilrecht wird stark vereinfacht. Die bisher total 26 Ämter des Grundbuch-, Zivilstands-Erbschafts-, Betreibungs- und Konkurswesens werden zu je einem kantonalen Amt zusammengeführt. Diese künftig vier kantonalen Ämter werden zusammen mit dem kantonalen Handelsregisteramt sowie den Ressorts Bürgerrechtswesen, Adoptionen und Namensänderungen zu einer einzigen Dienststelle vereint an zwei Standorten in Arlesheim und Liestal. Damit beschränkt sich der Staat auf seine Kernaufgaben und trägt der erhöhten Mobilität und einem stark veränderten Kommunikationsverhalten der Bevölkerung Rechnung. Zudem bietet die Abschaffung des Amtnotariats die Möglichkeit, neue Notariatsbüros an Orten zu eröffnen, wo es vorher keine gab. All diese Anpassungen erfordern eine Änderung der Verfassung zur Aufhebung der Bezirksverwaltung sowie sechs Gesetzesänderungen. Letztere sind im "Gesetz über den Verzicht auf die Führung des Amtnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht" zusammengefasst.

Der Regierungsrat sowie der Landrat empfehlen Ihnen, der Änderung der Kantonsverfassung sowie dem Gesetz über den Verzicht auf die Führung des Amtnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht zuzustimmen.

**Ja zu einem gesunden Staatshaushalt:
4 x Ja zum Entlastungspaket 12/15**

■ An die Stimmberechtigten

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Abstimmung über das Gesetz über die Entlastung des Finanzhaushalts bis 2014 und die Abstimmung über das Gesetz über den Verzicht auf die Führung des Amtnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht unterliegen gemäss § 30 Buchstabe b der Kantonsverfassung der obligatorischen Abstimmung, da der Landrat die Beschlüsse mit weniger als 4/5 der anwesenden Mitglieder gefasst hat.

Die Abstimmung über die Änderung der Kantonsverfassung über die Organisation der Gerichte und die Abstimmung über die Änderung der Kantonsverfassung über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht unterliegen gemäss § 30 Buchstabe a der obligatorischen Volksabstimmung.

Der Regierungsrat hat zu den Vorlagen **Erläuterungen** beschlossen.

Die Redaktion und Herausgabe der vorliegenden Broschüre besorgte die Landeskanzlei.

Landeskanzlei Basel-Landschaft

■ **Erläuterungen des Regierungsrates über die Entlastung des Finanzhaushalts bis 2014 (Entlastungsrahmengesetz)**

Abstimmungsfrage (Stimmzettel 4)

Wollen Sie das Gesetz vom 22. März 2012 über die Entlastung des Finanzhaushalts bis 2014 (Entlastungsrahmengesetz) annehmen?

Aktuelle Situation der Kantonsfinanzen und Ausblick

Die finanzielle Situation des Kantons Basel-Landschaft hat sich in den letzten Monaten weiter zugespitzt. Die Planungsgrundlagen im Finanzplan 2012 bis 2015 rechnen mit hohen Defiziten in der Erfolgsrechnung: 214 Millionen Franken im Jahr 2012, 182 Millionen im Jahr 2013 und 190 Millionen im Jahr 2014. Kumuliert sind dies 586 Millionen Franken.

Besonders die Mehrbelastungen, die aufgrund von geändertem Bundesrecht entstehen, führen zu diesen hohen Defiziten. Es sind gesamthaft 130 Millionen Franken, darunter 85 Millionen für die neue Spitalfinanzierung gemäss Krankenversicherungsgesetz.

Diese Zahlen machen klar, dass der Baselbieter Staatshaushalt dringend entlastet werden muss.

Was beinhaltet das Entlastungsrahmengesetz?

Jede der sieben Entlastungsmassnahmen, über die nun abgestimmt wird, bedarf einer Gesetzesänderung. Im Entlastungsrahmengesetz werden die sieben Gesetzesänderungen zusammengefasst. Die Bezeichnung der jeweiligen Massnahme und die zu ändernden Gesetzesparagrafen sowie ihr Beitrag zur Entlastung sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Nachfolgend werden sie kurz beschrieben.

Massnahmen im Entlastungsrahmengesetz			
<i>Bezeichnung der Massnahme</i>	<i>Gesetzesänderung</i>	<i>Paragrafen</i>	<i>Entlastungsbeitrag im Jahr 2014</i>
Einführung Selbstbehalt Krankheitskosten	Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuer-gesetz); SGS 331	§ 29 Absatz 1 Buchstabe n	SFr. 15'000'000.-
Anpassung Ergänzungsleistungen zu AHV / IV (Vermögensverzehr)	Ergänzungsleistungs-gesetz zur AHV und IV; SGS 833	§ 2d	SFr. 3'630'000.-
Provision für den Bezug der Kirchensteuer	Kirchengesetz; SGS 191	§ 8b Absatz 4	SFr. 69'000.-
Umstellung auf A-Post Plus	Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuer-gesetz); SGS 331	§ 106 Absatz 1	SFr. 40'000.-
Abgeltung der Standardkosten bei Sonderschulung durch den Schul-träger	Bildungsgesetz; SGS 640	§ 95 Absätze 1 und 1 ^{bis}	SFr. 3'500'000.-
BVS2 in ein einjähriges Brückenangebot über-führen	Bildungsgesetz; SGS 640	§ 6 Absatz 1 Buchstabe e § 11 Absatz 1 Buchstabe f § 14 Buchstabe c Abschnittstitel E. von § 37 § 37 Absatz 2 § 38 Absatz 2 § 39 Absatz 1	SFr. 1'600'000.-
Finanzierung von Beiträ-gen an Privatschulbesu-che nach Schulträger	Bildungsgesetz; SGS 640	§ 100 Absätze 1 und 2	SFr. 2'400'000.-
Total			SFr. 26'239'000.-

Einführung Selbstbehalt der Krankheitskosten

Wie bei der direkten Bundessteuer, soll auch bei den Kantons- und Gemeindesteuern ein Selbstbehalt für die selbst getragenen Krankheits- und Unfallkosten eingeführt werden. Es geht dabei um 5% des steuerbaren Reineinkommens.

Am 1. Januar 2001 hat der Kanton Basel-Landschaft sein Steuergesetz an das Steuerharmonisierungsgesetz des Bundes angepasst. Eine der Vorgaben war, einen zusätzlichen steuerlichen Abzug für selbst getragene Krankheits- und Unfallkosten einzuführen. Es war den Kantonen überlassen, ob sie auch einen Selbstbehalt einführen, also diesen steuerlichen Abzug einschränken. Die meisten Kantone übernahmen die Lösung der direkten Bundessteuer. Dort können nur selbst getragene Krankheitskosten abgezogen werden, welche 5% des steuerbaren Reineinkommens übersteigen. Der Kanton Basel-Landschaft verzichtete zunächst auf diesen Selbstbehalt.

In der Zwischenzeit wurde erkennbar, dass der Veranlagungsaufwand weit grösser ist als angenommen. Die Mitarbeitenden der Steuerverwaltung haben sämtliche eingereichten Belege der Einwohnerinnen und Einwohner – Apothekenquittungen, Krankenkassenabrechnungen, Zahnarztrechnungen – zu untersuchen und zu prüfen, ob sie abzugsberechtigt sind. Dies ist für medizinisch nicht ausgebildetes Personal schwierig. Dazu kommt: Den Steuerpflichtigen ist oft nicht klar, ob sie von Krankenkassen nicht anerkannte Massnahmen, Heilmethoden, Fitnesskuren etc. in Abzug bringen dürfen.

Die Einführung eines Selbstbehaltes wird mehr Steuereinnahmen bringen und zu deutlich mehr Effizienz bei der Steuerveranlagung führen. Der gleiche Effekt wird sich auch bei den Gemeinden einstellen.

Anpassung Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (Vermögensverzehr)

Die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV kommen dort zum Tragen, wo Renten und Einkommen die minimalen Lebenskosten nicht decken.

Die Höhe der jährlichen Ergänzungsleistungen zur AHV/IV berechnet sich aus der Differenz zwischen den anerkannten Ausgaben und den anrechenbaren Einnahmen.

Bei der Berechnung gibt es einen Unterschied zwischen anspruchsberechtigten Personen, die zu Hause wohnen, und Personen, die in einem Heim wohnen.

Bei Personen, die in einem Heim leben und Anspruch auf Ergänzungsleistungen zur AHV/IV haben, wird das Vermögen anteilmässig als Einnahme angerechnet (Art. 10 Abs. 1 lit. c Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung; ELG). Diesen so genannten Vermögensverzehr hat der Bund auf eine Maximalhöhe von 20% des Reinvermögens begrenzt.

Nun soll auch im Kanton Basel-Landschaft der Vermögensverzehr bei Personen, die in einem Heim leben, auf 20% des Reinvermögens erhöht werden. Damit übernehmen wir die Vorgabe des Bundes.

Provision für den Bezug der Kirchensteuer

Die kantonale Steuerverwaltung erhebt von den steuerpflichtigen juristischen Personen jeweils auch eine Kirchensteuer. Sie beträgt 5% des Staatssteuerbetrags. Die Steuerverwaltung verteilt diese Einnahme anschliessend an die Landeskirchen.

Für den Bezug und die Weiterleitung der Kirchensteuern soll der Kanton eine Bezugsprovision zurückbehalten. Sie beträgt 1 % des Kirchensteuerbetrags.

Umstellung auf A-Post Plus

Die kantonale Steuerverwaltung verschickt aus Beweisgründen mehr als 17'000 eingeschriebene Briefe pro Jahr. Ein eingeschriebener Brief kostet zurzeit 5 Franken.

Die Post bietet mittlerweile eine Dienstleistung an, die es der Steuerverwaltung erlaubt, auch ohne Einschreiben einen Nachweis der Zustellung zu erhalten: "A-Post Plus". In Kombination mit "Track&Trace" lässt sich der Verlauf des Versandprozesses am Bildschirm verfolgen und kontrollieren. A-Post Plus ist günstiger als eingeschriebene Post. Der Zustellungsnachweis von A-Post Plus ist vom Bundesgericht bereits sinngemäss bestätigt worden.

Somit soll die kantonale Steuerverwaltung künftig anstatt eingeschriebener Post das Angebot A-Post Plus nutzen.

Abgeltung der Standardkosten bei Sonderschulung durch den Schulträger

Heute übernimmt der Kanton die gesamten Kosten der Sonderschulung. Diese kommen dann zum Tragen, wenn ein Kind nicht im Kindergarten oder der Primarschule seiner Wohngemeinde unterrichtet werden kann, sondern eine Sonderschule, ein Schulheim oder eine Integrationsklasse in einer anderen Gemeinde besucht. Die Kosten bestehen aus zwei Teilen: Den "Standardkosten" des Unterrichts, wie sie für alle Schülerinnen und Schüler anfallen, und den weit höheren "behinderungsbedingten" Zusatzkosten.

Neu sollen die Gemeinden – als Schulträgerinnen des Kindergartens und der Primarschule – die Standardkosten für ihre Schülerinnen und Schüler, die nicht das Regelschulsystem besuchen, selbst tragen. Die Zusatzkosten für die Massnahmen der Sonderschulung trägt weiterhin der Kanton. So ist es auch in den meisten anderen Kantonen geregelt.

Der Regierungsrat wird die Beitragshöhe in Anlehnung an die "interkantonalen Vereinbarungen betreffend Schulgeldabgeltung" festlegen.

Überführung BVS2 in ein einjähriges Brückenangebot

Zwischen dem Schulischen Brückenangebot plus (SBA plus, 1 Jahr) und der Berufsvorbereitungsschule (BVS2, 2 Jahre) gibt es Doppelspurigkeiten: Die beiden Ausbildungslehrgänge haben vergleichbare Eintrittsbedingungen, und nach ihrem Abschluss besuchen die meisten Absolvierenden die gleichen Anschlusslösungen. Das zusätzliche Ausbildungsjahr der BVS2 führt im Ergebnis zu keinem erheblichen Mehrwert.

Die BVS2 soll nun in das einjährige Brückenangebot "SBA plus" überführt werden. Dabei bleibt auch in Zukunft gewährleistet, dass Jugendliche beim Übertritt von der Sekundarschule in die Berufsbildung gezielt gefördert und unterstützt werden.

Diese Massnahme hat zur Folge, dass die Anzahl Pensen der Lehrpersonen reduziert werden. Daraus ergibt sich die Entlastung für den Staatshaushalt.

Beratung und Beschlussfassung im Landrat

Im Landrat wurde diese Massnahme kontrovers diskutiert. Die Befürwortenden des Erhalts der BVS2 argumentierten, das Bildungsangebot habe einen grossen Rückhalt in der Bevölkerung. Zudem sei es politisch legitimiert, nachdem der Landrat erst im Dezember 2009 seine Weiterführung beschlossen hatte. Die Lücke könne mit dem weiteren Bildungsangebot nicht genügend geschlossen werden.

Ein Streichungsantrag für diese Massnahme erhielt im Landrat keine Mehrheit.

Die Volksinitiative "Ja zur Weiterführung der zweijährigen BVS2" fordert die Aufrechterhaltung dieses Bildungsangebots. Über die Volksinitiative wird später abgestimmt.

Finanzierung von Beiträgen an Privatschulbesuche nach Schulträger

Die Kosten für den Besuch einer Privatschule werden durch die Erziehungsberechtigten selbst getragen. Der Kanton leistet daran einen jährlichen Beitrag von 2'500 Franken pro Schülerin oder Schüler.

Neu sollen die Gemeinden diese Privatschulbeiträge für ihre Kindergarten- und Primarschulkinder selbst tragen.

Die Höhe dieser Beiträge legen sie nach eigenem Ermessen fest.

Der Kanton leistet weiterhin die Beiträge von 2'500 Franken für Schülerinnen und Schüler, die eine Privatschule anstatt einer Schule in kantonaler Trägerschaft besuchen.

Beratung und Beschlussfassung im Landrat

Im Landrat wurde diese Massnahme kontrovers diskutiert. Das ursprüngliche Vorhaben, den Gemeinden die Beitragshöhe von 2'500 Franken vorzuschreiben, wurde geändert. Nun sollen die Gemeinden selbst über die Beitragshöhe entscheiden.

Seitens der Befürwortenden eines Beibehalts der heutigen Lösung wurde auf die Bedeutung der Bildungsvielfalt hingewiesen. Es bestehe die Gefahr, dass die Gemeinden keinen angemessenen Beitrag mehr

übernehmen. Der Wegfall oder eine Reduktion dieser Beiträge oder die Entscheidung von Eltern, ihr Kind aus finanziellen Überlegungen nicht in eine Privatschule zu schicken, könne namentlich bei Rudolf Steiner-Schulen existenzbedrohende Auswirkungen haben.

Ein Streichungsantrag für diese Massnahme erhielt im Landrat keine Mehrheit.

Beratung und Beschlussfassung im Landrat

Über die zwei letztgenannten Massnahmen haben die Landrätinnen und Landräte intensiv diskutiert. Für beide Massnahmen lagen Streichungsanträge vor. In beiden Fällen sprach sich eine Mehrheit des Landrates für Beibehaltung der Massnahmen aus und lehnte die Streichungsanträge ab.

Zu den anderen fünf Massnahmen fanden im Landrat keine Wortbegehren statt. Dies darf als eine breite Zustimmung für diese wichtigen, zu einem ausgewogenen Paket gehörenden Massnahmen gewertet werden.

Empfehlung

Der Regierungsrat sowie der Landrat (mit 55 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen) empfehlen Ihnen, sehr geehrte Stimmbürgerin, sehr geehrter Stimmbürger, dem Entlastungsrahmengesetz zuzustimmen.

Liestal, 17. April 2012

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident: Zwick
der Landschreiber: Achermann

■ **Erläuterungen des Regierungsrates über die Änderung der Kantonsverfassung und über die Organisation der Gerichte**

Abstimmungsfrage (Stimmzettel 5)

Wollen Sie die Änderung der Kantonsverfassung vom 22. März 2012 über die Organisation der Gerichte annehmen?

Warum eine Zusammenführung der Bezirksgerichte?

Unsere rund 180 Jahre alte Struktur mit 6 Bezirksgerichten ist nicht mehr zeitgemäss und wenig effizient. Bei ihrer Schaffung war die Bevölkerungszahl in den einzelnen Gerichtsbezirken noch recht ausgeglichen. Der damalige Gesetzgeber beabsichtigte bei der Festlegung der Gerichtsbezirke ganz offensichtlich eine möglichst ausgewogene Auslastung der einzelnen Gerichtsbezirke. Seither hat sich aber die Bevölkerungszahl im gesamten Kanton Basel-Landschaft sehr unterschiedlich entwickelt. Auch die Mobilität der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Kommt hinzu, dass der Gang vor Gericht im Leben wohl eher die Ausnahme als die Regel ist. Weiter ist zu beachten, dass bei der bestehenden dezentralen Struktur ein erheblicher Teil der nebenamtlichen Richterinnen und Richter relativ selten zum Einsatz gelangt und deshalb nur wenig Praxiserfahrung sammeln kann. Gerade die Erfahrung ist aber im Interesse einer hohen Qualität unserer Gerichtsbarkeit unabdingbar, denn die zu beurteilenden Rechtsfragen werden zunehmend anspruchsvoller und komplexer. Mit Inkrafttreten der Schweizerischen Zivilprozessordnung hat sich diese Problematik noch akzentuiert, weil die früheren Fünferkammern an den Bezirksgerichten durch Dreierkammern abgelöst wurden.

Mit der Zusammenführung der heutigen sechs Bezirksgerichte an fünf verschiedenen Standorten neu zu zwei Zivilkreisgerichten an zwei Standorten (Sissach und Arlesheim) wird unsere erstinstanzliche

Zivilgerichtsbarkeit in die Lage versetzt, die zukünftigen Herausforderungen möglichst optimal zu bewältigen. Aus finanzieller Sicht ergeben sich aus der Optimierung der bisherigen Bezirksgerichtsstruktur spürbare Kosteneinsparungen von jährlich 230'000 Franken, weil statt bisher fünf Gerichtsgebäude künftig nur noch deren zwei unterhalten werden müssen und ausser den Raumkosten auch Personal- und Sachkosten eingespart werden können.

Beratung im Landrat

Die vorberatende Finanzkommission des Landrats stimmte der vorgeschlagenen Verfassungsänderung mit 9 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung mit grosser Mehrheit zu. Auch die Justiz- und Sicherheitskommission des Landrats, die zu Handen der Finanzkommission eine Stellungnahme abgab, befürwortete das Vorhaben im gleichen Verhältnis (9:3 bei 1 Enthaltung).

Im Plenum des Landrats wurde gegen die Zusammenführung der sechs Bezirksgerichte an fünf Standorten zu zwei Zivilkreisgerichten an zwei Standorten unter anderem angeführt, durch die nötigen baulichen Investitionen greife eine Entlastung des Kantonshaushalts nicht sofort, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt. Dem wurde entgegen gehalten, die Einsparungen müssten über einen längeren Zeitraum betrachtet werden; mittel- und langfristig seien zwei Gerichtsstandorte kostengünstiger als die heutigen fünf. In der Schlussabstimmung stimmten 80% der anwesenden Landratsmitglieder der vorliegenden Verfassungsänderung zu.

Empfehlung

Der Regierungsrat sowie der Landrat (mit 69 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen) empfehlen Ihnen, sehr geehrte Stimmbürgerin, sehr geehrter Stimmbürger, der Änderung der Kantonsverfassung zuzustimmen.

Liestal, 17. April 2012

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident: Zwick
der Landschreiber: Achermann

■ Erläuterungen des Regierungsrates über den Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht

Abstimmungsfrage (**Stimmzettel 6**)

Wollen Sie die Änderung der Kantonsverfassung vom 22. März 2012 über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht annehmen?

Abstimmungsfrage (**Stimmzettel 7**)

Wollen Sie das Gesetz vom 22. März 2012 über den Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht annehmen?

Worum geht es?

FOCUS: Konzentration auf die staatlichen Kernaufgaben

Das Projekt FOCUS ist das Ergebnis einer Aufgabenüberprüfung, die sich nach der Frage richtet: "Welche Aufgaben muss der Staat tatsächlich übernehmen?".

Viele Aufgaben im Zivilrecht sind vom Bund zwingend vorgeschrieben, was den Kantonen keinen Handlungsspielraum lässt. Damit müssen staatliche Behörden die Aufgaben im Grundbuch-, Handelsregister-, Zivilstands-, Erbschafts- sowie Betreibungs- und Konkurswesen auf eine klar definierte Art und Weise wahrnehmen. Hingegen ist es den Kantonen freigestellt, wie sie das Notariat regeln. Die Kantone können entscheiden, ob sie ein Amtsnotariat führen, die Notariatsaufgabe an freiberufliche Notarinnen und Notare auslagern oder ein gemischtes Modell vorsehen. Dementsprechend sieht der Kanton Basel-Landschaft mit dem Projekt

FOCUS die Konzentration auf zwingende staatliche Aufgaben und damit den Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats vor.

Das Projekt FOCUS erhöht die Effizienz und die Flexibilität der staatlichen Aufgabenerfüllung.

Einzelheiten zur Aufhebung des Amtsnotariats

Bereits seit 1998 können freiberufliche Notarinnen und Notare öffentliche Beurkundungen vornehmen, insbesondere für Ehe- und Erbverträge, Testamente oder gesellschaftsrechtliche Vorgänge. Grundstücksgeschäfte jedoch, also Kauf, Tausch oder Schenkungen von Grundstücken, Hypothekengeschäfte sowie die Begründung von Stockwerkeigentum und Baurechts- und Dienstbarkeitsverträgen sind bis heute den Amtsnotariaten vorbehalten. Dieses staatliche Monopol soll nun mit der Aufhebung der Amtsnotariate beseitigt werden. Die bereits praktizierenden selbständigen Notarinnen und Notare sollen sofort ab Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung in allen Notariatsbereichen tätig sein können. Gesamtschweizerisch kennen heute schon 11 Kantone ein rein freiberufliches Notariat, namentlich die Nachbarkantone Basel-Stadt und Aargau sowie Bern und alle Kantone der Westschweiz. 11 weitere Kantone verfügen über ein gemischtes Modell und nur 4 Kantone haben noch ein reines Amtsnotariat.

FOCUS: Konzentration der Ressourcen für die staatlichen Kernaufgaben

Das Projekt FOCUS liefert zudem die Antwort auf die Frage: "Sind die Strukturen für die Aufgabenerledigung zweckmässig?"

Der Kanton erbringt heute seine zivilrechtlichen Dienstleistungen an 20 Standorten. Dafür betreibt er 26 verschiedene Ämter. Diese Organisationsform ist über 150 Jahre alt und stammt aus Zeiten, als es weder ein ausgebautes Netz des öffentlichen Verkehrs, Autos, Telefone noch Internet gab. Mit der heutigen Mobilität und den heutigen Kommunikationsmitteln können die Dienstleistungen auch ohne diese Vielzahl von Ämtern erbracht werden. Kommt hinzu, dass die betroffenen Angebote von der Bevölkerung im Normalfall selten in Anspruch genommen werden müssen. Auch deshalb erscheinen punktuell etwas weitere Wege

zumutbar. Zudem bedingen die wenigsten Vorgänge eine persönliche Anwesenheit der betroffenen Personen. So lassen sich Anmeldungen ins Handelsregister, die Bestellung von Grundbuchauszügen oder die Eingabe von Betreibungen via Internet und auch auf dem Postweg erledigen.

Daher soll es in Zukunft nur noch je ein kantonales Grundbuch-, Erbschafts- und Zivilstandsamt (in Arlesheim) sowie ein Betreibungs- und Konkursamt (in Liestal) geben. Eine einzige Stelle, die "Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft", fasst die Ämter zusammen und löst die sechs Bezirksschreibereien ab, die bisher das gleiche Aufgabengebiet haben. Durch diese Neustrukturierung und die Zusammenlegung der Zivilrechtsverwaltung an zwei Standorten spart der Kanton jährlich ca. 3.6 Mio. Franken, dies ohne Abbau von Dienstleistungen und dank Massnahmen zur Effizienzsteigerung.

Die Umsetzung des Projekts und Terminplan

Vorausgesetzt, das Stimmvolk heisst die Vorlage gut, gilt folgender Zeitplan:

- Per 1. Juli 2012 wird das ganze Notariat für selbständig erwerbende Notarinnen und Notare frei gegeben. Während der folgenden anderthalb Jahre arbeiten die Amtsnotariate und die selbständig Erwerbenden parallel.
- Per 31. Dezember 2013 stellen die Amtsnotariate ihren Betrieb ein.
- Am 1. Januar 2014 nimmt die neue Zivilrechtsverwaltung ihre Tätigkeit auf. Im zweiten Halbjahr 2014 soll der Umzug an die definitiven Standorte in Arlesheim und Liestal erfolgen.

Die Auswirkungen auf die Mitarbeitenden

56 Stellen, verteilt auf 62 Personen, werden abgebaut. Berücksichtigt man die natürlichen Fluktuationen, so werden 19 Mitarbeitende ihre bisherige Tätigkeit verlieren. Regierung und Parlament sind sich über die Eckpfeiler eines Sozialplans einig.

Vorrangig ist auf alle Fälle, vakante Stellen innerhalb der Kantonsverwaltung mit den betroffenen Mitarbeitenden zu besetzen.

Finanzielle Folgen

Mit den personellen Massnahmen, die das Projekt FOCUS vorsieht, kann die Sicherheitsdirektion ihr Budget 2014 gegenüber dem Budget 2011 um ca. 3'650'000 Franken verbessern. In dieser Zahl nicht berücksichtigt sind die Einsparungen durch die markant verkleinerte Infrastruktur.

Für die Einwohnerinnen und Einwohner können sich durch die vollständige Privatisierung des Notariats allenfalls vereinzelt Kosten-erhöhungen für die notariellen Dienstleistungen ergeben. Allerdings werden diese Dienstleistungen nicht von allen Personen in gleichem Mass und wenn, dann regelmässig nur punktuell benötigt. Zudem stehen die Notariatstarife wie bisher unter staatlicher Kontrolle, und dies gleich mehrfach: Nach dem revidierten Notariatsgesetz dürfen nur Aufwandgebühren erhoben werden, der Gebührentarif wird vom Regierungsrat erlassen, gegen die Gebührenrechnungen kann beim Regierungsrat Beschwerde geführt werden und die Notariatsgebühren unterstehen ab dem 1.4.2012 der Preisbekanntgabeverordnung des Bundes. Der basellandschaftliche Notariatsverband sieht seinerseits keine Gebührensprünge voraus, da stets nach Aufwand abgerechnet werden soll.

Beratung im Landrat

Der Landrat hat die notwendigen Änderungen am 22. März 2012 gutgeheissen (Verfassungsänderung mit 70 gegen 15 Stimmen bei einer Enthaltung; Gesetz über die Aufhebung des Amtsnotariats und die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht mit 69 gegen 17 Stimmen bei einer Enthaltung).

Die zentralen Argumente der Befürworter waren: FOCUS bringt eine längst überfällige Revision eines Verwaltungsaufbaus, der noch aus der Zeit der Kantonsgründung stammt und unterdessen durch die heutige hohe Mobilität der Bevölkerung und das stark geänderte Kommunikationsverhalten überholt ist. Es können bisher mehrfach geführte Strukturen aufgelöst und dadurch Synergien genutzt und die Effizienz der Verwaltung gesteigert werden. Eine Ablösung des Amtsnotariats durch ein rein freiberufliches Notariat fördert eine Niederlassung von Notarinnen und Notaren an Orten, wo bisher diese Dienstleistungen nicht bezogen werden konnten.

Die Gegner der Vorlage forderten vor allem eine vom Entlastungspaket 12/15 losgelöste Behandlung dieser staatspolitisch weit reichenden Frage. Sie befürchten eine Zentralisierung der Kantonsverwaltung und die Entwertung der Bezirke. Auch sie schlossen aber die Bereitschaft zur Überprüfung und allfälligen Anpassung der Strukturen nicht von vorneherein aus.

Empfehlung

Der Landrat und der Regierungsrat empfehlen Ihnen, sehr geehrte Stimmbürgerin, sehr geehrter Stimmbürger, die Verfassungsänderung (Landrat mit 70 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung) und das Gesetz über den Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht (Landrat mit 69 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung) anzunehmen.

Liestal, 17. April 2012

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident: Zwick
der Landschreiber: Achermann

Gesetz über die Entlastung des Finanzhaushalts bis 2014 (Entlastungsrahmengesetz)

Vom 22. März 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 129 Absätze 1 und 3 der Kantonsverfassung¹ beschliesst:

I.

Die nachfolgenden Gesetze werden wie folgt geändert:

A. Gesetz vom 7. Februar 1974² über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz)

§ 29 Absatz 1 Buchstabe n

¹ Von den steuerbaren Einkünften werden abgezogen

- n. die Krankheits- und Unfallkosten des Steuerpflichtigen und der von ihm unterhaltenen Personen, soweit der Steuerpflichtige die Kosten selber trägt und diese 5% der um die Aufwendungen (ohne Abzüge gemäss § 33) verminderten steuerbaren Einkünfte übersteigen.

§ 106 Absatz 1

¹ Steuerpflichtigen, die innerhalb der festgesetzten Nachfrist die Steuererklärung nicht einreichen oder vervollständigen, wird eine Mahnung mit einer letzten Frist zugestellt, um das Versäumte nachzuholen.

B. Ergänzungsleistungsgesetz vom 15. Februar 1973³ zur AHV und IV

§ 2d Vermögensverzehr

¹ Für in Heimen oder Spitälern lebende Personen beträgt der Vermögensverzehr gemäss Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c des Bundesgesetzes über Ergänzungs-

¹ GS 29.276, SGS 100

² GS 25.427, SGS 331

³ GS 25.130, SGS 833

leistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung¹

- a. bei Altersrentnerinnen und Altersrentnern einen Fünftel,
b. bei den übrigen Rentnerinnen und Rentnern einen Fünfzehntel.

² Den Ehegatten gemäss Artikel 1b Absatz 3 der Bundesverordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung² gleichgestellt sind eingetragene Partnerinnen und Partner.

C. Kirchengesetz vom 3. April 1950³

§ 8b Absatz 4

⁴ Für die Erhebung der Kirchensteuern juristischer Personen erhält der Kanton eine Bezugsprovision von 1% der bezogenen Steuern.

D. Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002⁴

§ 6 Absatz 1 Buchstabe e

¹ Es bestehen folgende Schularten und Ausbildungen:

- e. die Fachmittelschule;

§ 11 Absatz 1 Buchstabe f

¹ Die öffentlichen Schulen des Kantons und der Einwohnergemeinden haben bei der Klassenbildung folgende Richt- und Höchstzahlen pro Klasse einzuhalten:

	Richtzahl	Höchstzahl
f. Gymnasium und Fachmittelschule		24

§ 14 Buchstabe c

Der Kanton ist Träger:

- c. der Fachmittelschule und ihrer jeweiligen Speziellen Förderung;

Abschnittstitel E. vor § 37

E. Fachmittelschule

¹ SR 831.30

² SR 831.301

³ GS 20.131, SGS 191

⁴ GS 34.637, SGS 640

§ 37 Absatz 2

Aufgehoben.

§ 38 Absatz 2

Aufgehoben.

§ 39 Absatz 1

¹ Der Landrat legt die Schulorte fest. Die Fachmittelschule kann zusammen mit einer anderen Schule der Sekundarstufe II geführt werden.

§ 95 Absätze 1 und 1^{bis}

¹ Der Kanton trägt die behinderungsbedingten Kosten der Sonderschulung.

^{1bis} Wird eine Schülerin oder ein Schüler im Rahmen der Sonderschulung auf der Kindergarten- oder Primarschulstufe ausserhalb der öffentlichen Schulen der Wohngemeinde unterrichtet, beteiligt sich die Gemeinde mit einem pauschalisierten Beitrag an den Schulkosten. Der Regierungsrat legt die Beitragshöhe in Anlehnung an die interkantonalen Vereinbarungen betreffend Schulgeldabgeltung fest.

§ 100 Absätze 1, 2, 2^{bis} und 2^{ter}

¹ Die Schulträgerin oder der Schulträger kann beim Besuch von Privatschulen Beiträge an das Schulgeld ausrichten, sofern

- a. zwischen Kanton und Schule ein entsprechender Vertrag mit Leistungsauftrag besteht;
- b. die von Erziehungsberechtigten als Alternative zu den öffentlichen Volksschulen gewählte Schule über eine Betriebsbewilligung des Standortkantons verfügt.

² Der Beitrag an die Kosten zum Besuch einer Privatschule gemäss Absatz 1 Buchstabe b für Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft erfolgt auf Gesuch der Privatschule zu Gunsten der Erziehungsberechtigten.

^{2bis} Leistet der Kanton Beiträge gemäss Absatz 1 Buchstabe b, beträgt der jährliche Beitrag 2'500 Franken. Der Regierungsrat kann die Beiträge bis höchstens zum Ausgleich der aufgelaufenen Teuerung anpassen.

^{2ter} Leisten die Gemeinden Beiträge gemäss Absatz 1 Buchstabe b, sind sie frei in der Festlegung der Beitragshöhe.

II.

¹ Die Änderungen der §§ 6 - 39 des Bildungsgesetzes treten am 1. August 2013 in Kraft.

² Alle übrigen Änderungen treten am 1. Januar 2013 in Kraft.

Liestal, 22. März 2012

Im Namen des Landrates
der Präsident: Hess
der Landschreiber: Achermann

Verfassung des Kantons Basel-Landschaft

Änderung vom 22. März 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

I.

Die Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984¹ wird wie folgt geändert:

§ 25 Absatz 1 Buchstabe c

¹ Das Volk wählt an der Urne:

c. die Zivilkreisgerichte,

§ 42 Zivilgerichtskreise

¹ Der Kanton ist in zwei Zivilgerichtskreise eingeteilt.

² Das Gesetz regelt die Zugehörigkeit des Kantonsgebiets zu den beiden Zivilgerichtskreisen.

§ 43 Wahlkreise

¹ Kantonale Wahlen und Abstimmungen werden in Wahlkreisen innerhalb der Bezirksgrenzen durchgeführt.

² Die Wahl der Mitglieder der Zivilkreisgerichte wird innerhalb der Zivilgerichtskreise durchgeführt.

³ Das Gesetz regelt Aufgaben, Bestand und Organisation der Wahlkreise und der Zivilgerichtskreise.

§ 83 Absatz 1 Buchstabe b

¹ Die Zivilgerichtsbarkeit wird ausgeübt durch:

b. die Zivilkreisgerichte,

II.

Diese Verfassungsänderung bedarf der Gewährleistung durch den Bund.

¹ GS 29.276, SGS 100

III.

Findet über die Änderung des Gesetzes über die Organisation der Gerichte und der Strafverfolgungsbehörden (Änderung vom 22. März 2012 betreffend neue Struktur der Bezirksgerichte) eine Volksabstimmung statt, so wird diese Verfassungsänderung nur rechtswirksam, wenn die Änderung des Gesetzes in der Volksabstimmung angenommen wird.

IV.

Diese Verfassungsänderung tritt am 1. April 2014 in Kraft.

Liestal, 22. März 2012

Im Namen des Landrates
der Präsident: Hess
der Landschreiber: Achermann

Gesetz über die Organisation der Gerichte (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG)

Änderung vom 22. März 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

I.

Das Gesetz vom 22. Februar 2001¹ über die Organisation der Gerichte (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) wird wie folgt geändert:

§ 2 Buchstabe b

Die Gerichtsbarkeit in Zivilsachen wird ausgeübt durch:

b. die Zivilkreisgerichte;

§ 4 Absatz 3

³ Der Landrat legt auf Antrag des Kantonsgerichts die Zahl der Präsidien und deren maximales Gesamtpensum sowie die Zahl der Richterinnen und Richter fest.

§ 12 Absatz 3 Buchstabe g

³ Die Geschäftsleitung nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

g. sie erlässt das Geschäfts- und Organisationsreglement sowie die Stellenpläne der Gerichte und richterlichen Behörden und kann an den erstinstanzlichen Gerichten ein vorsitzendes Präsidium bezeichnen, sofern sich ein erstinstanzliches Gericht auf kein solches einigt;

Zwischentitel nach § 15

IV. Zivilkreisgerichte

§ 16 Zivilgerichtskreise

¹ Der Kanton ist wie folgt in Zivilgerichtskreise eingeteilt:

¹ GS 34.161, SGS 170

- a. Zivilgerichtskreis Basel-Landschaft Ost, umfassend die Gemeinden der Bezirke Liestal, Sissach und Waldenburg;
- b. Zivilgerichtskreis Basel-Landschaft West, umfassend die Gemeinden der Bezirke Arlesheim und Laufen.

² Der Landrat legt den Sitz der Zivilkreisgerichte im Dekret fest.

§ 17 Absätze 1 und 3

¹ Die Zivilkreisgerichte gliedern sich in die Dreierkammern und das Präsidium.

³ Die Dreierkammern sowie die Präsidien werden in erster Linie aus Mitgliedern des selben Zivilkreisgerichts und in zweiter Linie aus Mitgliedern des anderen Zivilkreisgerichts ergänzt.

§ 31 Absatz 1 Buchstabe a und Absatz 4

¹ Das Volk wählt:

a. die Präsidien und die Mitglieder der Zivilkreisgerichte.

⁴ Die Zivilkreisgerichte wählen aus ihrer Mitte die Vizepräsidien für die Dauer einer Amtsperiode.

§ 33 Absatz 2 Buchstabe a

² Eine abgeschlossene rechtswissenschaftliche Ausbildung müssen besitzen:

a. die Präsidien und die Vizepräsidien der Gerichte;

§ 39 Absatz 2

² Befindet sich die Mehrzahl der Mitglieder eines Zivilkreisgerichts im Ausstand, erklärt die Geschäftsleitung des Kantonsgerichts das andere Zivilkreisgericht für zuständig.

II. Änderung bisherigen Rechts

1. Das Gesetz vom 7. September 1981¹ über die politischen Rechte wird wie folgt geändert:

§ 22 Buchstabe e

Kantonale Wahlen sind die Wahl:

e. der Präsidien und der Mitglieder der Zivilkreisgerichte,

¹ GS 27.820, SGS 120

§ 27 Buchstabe c

Nach dem Mehrheitswahlverfahren werden gewählt:

c. die Präsidien und die Mitglieder der Zivilkreisgerichte,

§ 30 Absatz 1

¹ Die Stille Wahl ist möglich bei der Wahl der Präsidien und der Mitglieder der Zivilkreisgerichte sowie der Friedensrichterinnen, Friedensrichter und deren Stellvertretungen.

2. Das Einführungsgesetz vom 23. September 2010¹ zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (EG ZPO) wird wie folgt geändert:

§ 2 Buchstaben c und e

Zuständig für Schlichtungsversuche sind:

- c. die Zivilkreisgerichtspräsidien bei familien- und erbrechtlichen Streitigkeiten;
- e. die Zivilkreisgerichtspräsidien bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten.

Zwischentitel nach § 2

II. Zivilkreisgerichte

§ 3 Zivilkreisgerichtspräsidien

¹ Die Zivilkreisgerichtspräsidien beurteilen alle Fälle, für die das vereinfachte oder das summarische Verfahren zur Anwendung gelangen. Vorbehalten bleiben summarische Verfahren, die vom Kantonsgericht, Abteilung Zivilrecht, als einziger kantonaler Instanz zu beurteilen sind.

² Die Zivilkreisgerichtspräsidien beurteilen ferner die Scheidung, die Trennung und die Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung. Diese Zuständigkeit gilt auch für die Abänderung und die Ergänzung auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung.

³ Im Verfahren vor dem Zivilkreisgericht entscheiden die Zivilkreisgerichtspräsidien über die Wiederherstellung.

§ 4 Titel

Dreierkammern der Zivilkreisgerichte

§ 4 Absatz 1

¹ Die Dreierkammern der Zivilkreisgerichte beurteilen alle Fälle, die nicht in die

¹ GS 37.256, SGS 221

Zuständigkeit der Zivilkreisgerichtspräsidien oder in die Zuständigkeit des Kantonsgerichts, Abteilung Zivilrecht, als einziger kantonaler Instanz fallen.

§ 5 Absatz 1 Buchstaben a und b

¹ Das Präsidium der Abteilung Zivilrecht des Kantonsgerichts beurteilt:

- a. Berufungen gegen Entscheide der Präsidien der Zivilkreisgerichte, die im summarischen Verfahren ergangen sind;
- b. Beschwerden gegen Entscheide der Friedensrichterinnen und Friedensrichter und der Präsidien der Zivilkreisgerichte;

§ 6 Absatz 1 Buchstaben c, d und e

¹ Die Dreierkammer der Abteilung Zivilrecht des Kantonsgerichts beurteilt:

- c. Berufungen gegen Entscheide der Präsidien der Zivilkreisgerichte, sofern diese nicht in die Zuständigkeit des Präsidiums fallen;
- d. Berufungen gegen Entscheide der Dreierkammern der Zivilkreisgerichte;
- e. Beschwerden gegen Entscheide der Dreierkammern der Zivilkreisgerichte;

3. Das Gesetz vom 22. März 1995¹ über die Behörden und das Verfahren bei Streitigkeiten aus Miete und Pacht von unbeweglichen Sachen wird wie folgt geändert:

§ 22 Bekanntgabe richterlicher Urteile

Die Zivilkreisgerichte und das Kantonsgericht (Abteilung Zivilrecht) stellen gemäss Artikel 23 der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG) ein Doppel der Entscheide über angefochtene Mietzinse und andere Forderungen aus Mietverhältnissen der Schlichtungsstelle zur Weiterleitung an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) zu.

4. Das Einführungsgesetz vom 19. September 1996² zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG) wird wie folgt geändert:

§ 2 Absatz 3

³ Die Sicherheitsdirektion ist zuständig für die Verwahrung, Versteigerung und Verwertung von Fahrnisgegenständen aus Pfändungs- und Konkursmassen, soweit diese nicht durch die Betreibungs- und Konkursämter durchgeführt werden. Das Nähere regelt der Regierungsrat.

¹ GS 32.210, SGS 223

² GS 32.753, SGS 233

§ 5 Absatz 5

Aufgehoben.

§ 13a Absatz 1

¹ Zuständige Behörde nach Artikel 230a SchKG ist für Liegenschaften die Bau- und Umweltschutzdirektion, ansonsten die Sicherheitsdirektion.

5. Das Gesetz vom 16. Dezember 1993¹ über die Verfassungs- und Verwaltungsprozessordnung (Verwaltungsprozessordnung, VPO) wird wie folgt geändert:

§ 63 Absatz 2 Satz 2

² (...) Diese erhalten das gleiche Sitzungsgeld wie die Mitglieder des Zivilkreisgerichts. (...).

6. Das Gesetz vom 19. Juni 1950² über die Enteignung wird wie folgt geändert:

§ 65 Absatz 2 Satz 1

¹ Wird der Bestand des Rechts, für das eine Entschädigung verlangt wird, bestritten, so wird das Verfahren ausgesetzt und dem Enteigner eine Frist zur Klageerhebung beim örtlich zuständigen Zivilkreisgericht, unter Umgehung der friedensrichterlichen Instanz, angesetzt, mit der Androhung, dass bei Nichtbeachtung der Frist das Recht als bestehend betrachtet wird. (...)

§ 87 Absatz 2 Satz 2

² (...) Er ist befugt, einem Ansprecher Frist zur Klage beim örtlich zuständigen Zivilkreisgericht, unter Umgehung der friedensrichterlichen Instanz, zu setzen mit der Androhung, dass bei Nichteinhalten der Klagefrist die Verteilung in der von ihm vorgesehenen Weise erfolgen werde. (...)

III.

Der Regierungsrat beschliesst das Inkrafttreten dieser Änderung.

Liestal, 22. März 2012

Im Namen des Landrates
der Präsident: Hess
der Landschreiber: Achermann

¹ GS 31.847, SGS 271

² GS 20.169, SGS 410

**Dekret
zum Gesetz über die Organisation der Gerichte
(Gerichtsorganisationsdekret, GOD)**

Änderung vom 22. März 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

I.

Das Dekret vom 22. Februar 2001¹ zum Gesetz über die Organisation der Gerichte und der Strafverfolgungsbehörden (Gerichtsorganisationsdekret, GOD) wird wie folgt geändert:

§ 3 Zivilkreisgerichte

¹ Das Zivilkreisgericht Basel-Landschaft Ost mit Sitz in Sissach verfügt über vier Präsidien mit einem Gesamtpensum von 280 Prozent, aufgeteilt in drei Pensen von je 80 Prozent und ein Pensum von 40 Prozent, sowie über acht Richterinnen und Richter.

² Das Zivilkreisgericht Basel-Landschaft West mit Sitz in Arlesheim verfügt über fünf Präsidien mit einem Gesamtpensum von 470 Prozent, aufgeteilt in vier Pensen von je 100 Prozent und ein Pensum von 70 Prozent, sowie über zwölf Richterinnen und Richter.

³ Die Präsidien können ihr Pensum in gegenseitigem Einvernehmen und im Rahmen des Gesamtpensums verändern, wobei das Pensum mindestens 40 Prozent betragen muss.

II.

Diese Änderung tritt am 1. April 2014 in Kraft.

Liestal, 22. März 2012

Im Namen des Landrates
der Präsident: Hess
der Landschreiber: Achermann

¹ GS 34.216, SGS 170.1

Dekret zum Personalgesetz (Personaldekret)

Änderung vom 22. März 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

I.

Das Dekret vom 8. Juni 2000¹ zum Personalgesetz (Personaldekret) wird wie folgt geändert:

§ 34 Absatz 2

² Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder der Zivilkreisgerichte, des Strafgerichts, des Jugendgerichts und des Steuer- und Enteignungsgerichts, mit Ausnahme der Präsidentinnen und Präsidenten, erhalten für Sitzungen, Augenscheine und amtliche Verrichtungen ein Sitzungsgeld gemäss Anhang II Ziffer 2 Ansatz C 5.1 pro halben Tag (entsprechend 4 Stunden) und gemäss Ansatz C 2 für jede weitere Stunde.

§ 35 Buchstabe b

Für das Aktenstudium wird pro Sitzung folgende Vergütung gemäss Anhang II Ziffer 2 ausgerichtet:

- b. Mitglieder und Ersatzmitglieder der Zivilkreisgerichte, des Strafgerichts, des Jugendgerichts und des Steuer- und Enteignungsgerichts, mit Ausnahme der Präsidentinnen und Präsidenten, Ansatz C 5.2.

§ 37 Absatz 2

² Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder der Zivilkreisgerichte, des Strafgerichts, des Jugendgerichts sowie des Steuer- und Enteignungsgerichts, mit Ausnahme der Präsidentinnen und Präsidenten, haben pro Referat Anspruch auf einen Zuschlag von 50 - 200 Franken.

II.

Der Regierungsrat beschliesst das Inkrafttreten dieser Änderung.

¹ GS 33.1248, SGS 150.1

Liestal, 22. März 2012

Im Namen des Landrates
der Präsident: Hess
der Landschreiber: Achermann

Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EG StPO)

Änderung vom 22. März 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

I.

Das Einführungsgesetz vom 12. März 2009¹ zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EG StPO) wird wie folgt geändert:

§ 14 Absatz 1 Buchstabe b Ziffern 1 und 4

¹ Als erstinstanzliches Gericht beurteilt

- b. die Dreierkammer des Strafgerichts Straftaten, für welche die Staatsanwaltschaft
 - 1. eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr und bis zu fünf Jahren oder
 - 4. den Widerruf einer früheren bedingten Strafe oder die Rückversetzung in den Strafvollzug beantragt und die gesamte Strafdauer zusammen mit der neuen Strafe insgesamt höchstens sieben Jahre und sechs Monate Freiheitsstrafe beträgt oder

II.

Das Gesetz vom 21. April 2005² über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugsgesetz) wird wie folgt geändert:

§ 4 Absatz 1 Satz 1

¹ Vollzugsbehörde für Urteile der kantonalen Gerichte in Strafsachen sowie für Urteile der Bundesstrafbehörden, die von den Kantonen zu vollstrecken sind, ist hinsichtlich der Freiheitsstrafen, Nebenstrafen und Massnahmen die Sicherheitsdirektion. (...)

§ 9 Absatz 1

¹ Zuständig für die Verlängerung der stationären Massnahmen gemäss Artikel 59 Absatz 4 oder Artikel 60 Absatz 4 StGB oder deren Abänderung gemäss Artikel

¹ GS 37.85, SGS 250
² GS 35.1092, SGS 261

62c Absatz 6 StGB ist das Präsidium des Gerichts, welches das Sachurteil gefällt hat. Die Vollzugsbehörde stellt entsprechend Antrag.

§ 20 Absatz 2

² Zuständige Behörde für die Einvernahme der beschuldigten oder verurteilten Person vor der Zuführung an den ersuchenden Kanton im Sinne von Artikel 357 Absatz 4 StGB ist die Sicherheitsdirektion.

III.

Der Regierungsrat beschliesst das Inkrafttreten dieser Änderung.

Liestal, 22. März 2012

Im Namen des Landrates
der Präsident: Hess
der Landschreiber: Achermann

Verfassung des Kantons Basel-Landschaft

Änderung vom 22. März 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

I.

Die Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984¹ wird wie folgt geändert:

§ 41 Bezirke

¹ Die Bezirke sind Gebietsorganisationen für die regionalisierte Erfüllung von öffentlichen Aufgaben.

² Der Kanton ist in die Bezirke Arlesheim, Laufen, Liestal, Sissach und Waldenburg eingeteilt.

³ Das Gesetz regelt die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den Bezirken. Gemeinden dürfen nur mit ihrer Zustimmung einem anderen Bezirk zugeteilt werden.

§ 79 Absatz 1

¹ Die kantonale Verwaltung besteht aus fünf Direktionen und der Landeskanzlei.

II.

Diese Verfassungsänderung bedarf der Gewährleistung durch den Bund.

III.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

Liestal, 22. März 2012

Im Namen des Landrates
der Präsident: Hess
der Landschreiber: Achermann

¹ GS 29.276, SGS 100

Gesetz über den Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht

Vom 22. März 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 63 Absatz 1 der Kantonsverfassung¹, beschliesst:

A. Gegenstand

Dieses Gesetz regelt die Anpassungen der kantonalen Gesetze, die sich aus dem Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats und aus der Reorganisation der Behörden im Zivilrecht ergeben.

B. Notariatsgesetz

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf Artikel 55 Schlusstitel des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907² und § 63 Absatz 1 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984³, beschliesst:

A. Geltungsbereich, Notariatsbewilligung

§ 1 Geltungsbereich

Das Gesetz regelt das Verfahren der öffentlichen Beurkundung und die Berufsausübung der Notarinnen und Notare, die Zulassung zum Notarenberuf und deren Voraussetzungen sowie die Verantwortlichkeit, das Disziplinarwesen und die Aufsicht.

§ 2 Notariatsbewilligung

¹ Die Notarinnen und Notare bedürfen zur Ausübung des Notariatsberufs der Notariatsbewilligung.

¹ GS 29.176, SGS 100

² SR 210

³ GS 29.176, SGS 100

² Der Regierungsrat erteilt die Notariatsbewilligung.

³ Die Bewilligungserteilung ist im Amtsblatt des Kantons Basel-Landschaft zu veröffentlichen.

§ 3 Voraussetzungen der Notariatsbewilligung

Voraussetzungen für die Erteilung der Notariatsbewilligung sind:

- a. Schweizer Bürgerrecht; vorbehalten bleiben Gegenrechtsvereinbarungen;
- b. Handlungsfähigkeit;
- c. Vertrauenswürdigkeit; zur Überprüfung der Vertrauenswürdigkeit ist ein Auszug aus dem Strafregister und dem Betreibungsregister einzureichen;
- d. zur Berufsausübung notwendige körperliche und geistige Eigenschaften;
- e. ein juristisches Studium mit dem Abschluss als Master oder Lizentiat an einer schweizerischen Hochschule oder ein gleichwertiges Hochschuldiplom in einem anderen Staat, mit dem die Schweiz die gegenseitige Anerkennung vereinbart hat;
- f. keine mit dem Notariatsberuf unvereinbare Tätigkeit;
- g. ein von der Notariatskommission aufgrund bestandener Prüfung oder gemäss § 63 ausgestellter Fähigkeitsausweis;
- h. Hinterlegung der im Beruf verwendeten Unterschrift;
- i. Genehmigung des Amtsstempels und gegebenenfalls des Amtssiegels;
- k. Geschäftssitz mit eigenen Büroräumlichkeiten und selbständiger Infrastruktur im Kanton Basel-Landschaft;
- l. Nachweis einer Haftpflichtversicherung mit genügender Deckung, deren Höhe von der Sicherheitsdirektion festgelegt wird.

§ 4 Erteilung der Notariatsbewilligung

Der Regierungsrat erlässt Vorschriften über die Erteilung der Notariatsbewilligung.

B. Notariatskommission

§ 5 Aufgaben der Notariatskommission

Die Notariatskommission übt die Aufsicht über das Notariatswesen aus. Sie ist insbesondere zuständig für

- a. die Durchführung der Notariatsprüfungen;
- b. die Durchführung von Inspektionen;
- c. die Behandlung von Disziplinarfällen.

§ 6 Zusammensetzung

¹ Die Notariatskommission besteht aus sieben Mitgliedern.

² Sie wird mit drei Notarinnen und Notaren und drei geeigneten Personen aus der kantonalen Verwaltung besetzt.

³ Den Vorsitz hat die Vorsteherin oder der Vorsteher der Sicherheitsdirektion oder eine von dieser oder diesem bezeichnete Person.

§ 7 Aktuariat

¹ Das Aktuariat der Notariatskommission wird durch die Sicherheitsdirektion geführt.

² Die Zustelladresse der Notariatskommission befindet sich bei deren Aktuariat.

§ 8 Wahl

Der Regierungsrat wählt die Notariatskommission. Vorbehalten bleibt § 6 Absatz 3.

C. Notariatsprüfung

§ 9 Zulassung zur Prüfung

¹ Zur Prüfung wird zugelassen, wer die Voraussetzungen gemäss § 3 Absatz 1 Buchstaben a-e erfüllt und zudem den Nachweis eines Notariatspraktikums von mindestens sechs Monaten bei einem Notariatsbüro erbringt.

² Es können Gebühren bis 5'000 Fr. erhoben werden. Der Regierungsrat erlässt einen Gebührentarif.

§ 10 Durchführung der Prüfung

¹ Die Notariatskommission bildet für die Durchführung der Notariatsprüfung einen dreiköpfigen Ausschuss.

² Dieser bestimmt geeignete Personen als Examinatorinnen und Examinatoren.

³ Die Examinatorinnen und Examinatoren sind zuständig für die Ausarbeitung der Prüfungsaufgaben und die Korrektur der von den Kandidatinnen und Kandidaten eingereichten Arbeiten.

⁴ Sie nehmen an den Sitzungen des Prüfungsausschusses mit beratender Stimme teil.

⁵ Die praktizierenden Basellandschaftlichen Notarinnen und Notare sind verpflichtet, sich als Examinatorinnen und Examinatoren zur Verfügung zu stellen.

⁶ Für die administrativen Belange der Prüfung steht dem Ausschuss das Aktuariat der Notariatskommission zur Verfügung.

§ 11 Gestaltung der Prüfung

¹ Die Notariatsprüfung ist praxisbezogen auszugestalten.

² Der Regierungsrat erlässt Vorschriften über die Prüfung und die Erteilung des Fähigkeitsausweises.

§ 12 Wiederholung der Notariatsprüfung

Kandidatinnen und Kandidaten, welche die Prüfung zweimal nicht bestanden haben, werden zur Notariatsprüfung nicht mehr zugelassen.

D. Beurkundungsverfahren

§ 13 Beurkundungspflicht

¹ Die Notarin oder der Notar hat im Rahmen der Zuständigkeit jede öffentliche Beurkundung vorzunehmen.

² Die Beurkundung von Rechtsgeschäften, die offensichtlich einen unmöglichen oder widerrechtlichen Inhalt haben oder gegen die guten Sitten verstossen, ist abzulehnen.

§ 14 Ausstandspflicht

¹ Die Notarin oder der Notar hat in den Ausstand zu treten, wenn das zu beurkundende Rechtsgeschäft:

- a. sie oder ihn selbst, die Ehegattin oder den Ehegatten, die Verlobte oder den Verlobten, die eingetragene Partnerin oder den eingetragenen Partner, die Lebenspartnerin oder den Lebenspartner, die Verwandten und Verschwägerten in auf- und absteigender Linie sowie in der Seitenlinie bis und mit drittem Grad betrifft;
- b. natürliche oder juristische Personen betrifft, deren gesetzliche Vertretung oder Organ sie oder er ist oder zu welchen sie oder er in einem Verhältnis steht, das sie oder ihn als befangen erscheinen lässt.

² Die Ausstandsgründe gelten auch für die Übersetzerinnen oder Übersetzer sowie für die Zeuginnen oder Zeugen, die an einer öffentlichen Beurkundung mitwirken.

§ 15 Wahrheitspflicht

Die Notarin oder der Notar darf nur Erklärungen und Tatsachen beurkunden, die sie oder er in eigener Wahrnehmung festgestellt hat.

§ 16 Rechtsbelehrung

Die Notarin oder der Notar hat die Parteien über die rechtliche Tragweite und die Form des abzuschliessenden Rechtsgeschäftes aufzuklären und unparteiisch zu beraten.

§ 17 Schweigepflicht

¹ Die Notarin oder der Notar wahrt Stillschweigen über Mitteilungen und Tatsachen, die ihr oder ihm infolge des Amtes anvertraut worden sind oder die sie oder er in Ausübung des Amtes wahrgenommen hat. Die Schweigepflicht erstreckt sich auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

² Von der Schweigepflicht befreien können die oder der Berechtigte sowie die Aufsichtsbehörde auf Begehren der Notarin oder des Notars. Die Entbindung von der Schweigepflicht ist in der Regel zu gewähren.

§ 18 Vorverfahren

¹ Im Vorverfahren überprüft die Notarin oder der Notar die örtliche und sachliche Zuständigkeit, die Identität handelnder Personen, deren Verfügungsrecht und, im Falle der Beurkundung von Willenserklärungen, deren Handlungs- bzw. Urteilsfähigkeit.

² Hat die Notarin oder der Notar Zweifel an der Urteilsfähigkeit einer Partei, verweigert sie oder er die Beurkundung, sofern nicht die Partei das Gutachten einer sachverständigen Person über das Bestehen der Urteilsfähigkeit beibringt.

³ Im Falle der Beurkundung von Willenserklärungen ermittelt die Notarin oder der Notar den Parteiwillen. Dabei weist sie oder er auf Widersprüche zu gesetzlichen Vorschriften hin und nimmt allenfalls von den Parteien einen Revers entgegen.

⁴ Im Falle von Sachbeurkundungen hat sich die Notarin oder der Notar von den zu beurkundenden Tatsachen, Vorgängen oder Zuständen selbst zu überzeugen.

§ 19 Abfassung der Urkunde

Die Notarin oder der Notar hat bei der Abfassung der öffentlichen Urkunde den Parteiwillen bzw. die festgestellten Tatsachen, Vorgänge oder Zustände klar und vollständig zum Ausdruck zu bringen und die vorgeschriebene Form zu wahren.

§ 20 Sprache der Urkunde

¹ Eine für die Verwendung in der Schweiz bestimmte öffentliche Urkunde ist in einer schweizerischen Amtssprache abzufassen.

² Sind nicht sämtliche Mitwirkende dieser Sprache mächtig, ist eine Übersetzerin oder ein Übersetzer beizuziehen, die oder der die gewissenhafte Übersetzung der Urkunde unterschriftlich zu bezeugen hat.

³ Die Notarin oder der Notar kann selber als Übersetzerin oder Übersetzer amten, wenn sie oder er der betreffenden Sprache mächtig ist.

⁴ Eine für die Verwendung im Ausland bestimmte öffentliche Urkunde kann in einer Sprache abgefasst werden, derer die Notarin oder der Notar sowie die mitwirkenden Personen mächtig sind; der Beizug von Übersetzerinnen oder Übersetzern ist in solchen Fällen nicht statthaft.

⁵ Öffentliche Urkunden über Grundstücksgeschäfte sind in deutscher Sprache zu errichten.

§ 21 Inhalt der Urkunde

Die öffentliche Urkunde hat ausser den zu beurkundenden Erklärungen oder Verfügungen bzw. Tatsachen, Vorgängen oder Zuständen zu enthalten:

- a. die genaue Bezeichnung aller an der Beurkundung mitwirkenden Personen mit Namen, mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen, Geburtsdatum, Heimatort, bei ausländischen Staatsangehörigen deren Staatsangehörigkeit, und Wohnort sowie die Angabe, ob die Person verheiratet oder nicht verheiratet oder in eingetragener oder aufgelöster Partnerschaft ist;
- b. die Bezeichnung allfälliger Vertretungen der Beurkundungsparteien mit den für das betreffende Geschäft erforderlichen Angaben, mindestens mit einem ausgeschriebenen Vornamen, Namen, Heimatort, bei ausländischen Staatsangehörigen deren Staatsangehörigkeit, und Wohnort;
- c. die Feststellung, auf welche Weise sich die Notarin oder der Notar über Identität und Handlungsfähigkeit der an der Beurkundung mitwirkenden Personen Gewissheit verschafft hat, sofern sie oder er diese nicht persönlich kennt;
- d. die Feststellung, aufgrund welcher Unterlagen sich die Notarin oder der Notar von den zu beurkundenden Tatsachen, Vorgängen oder Zuständen überzeugt hat, unter einzelner Nennung der dieser Feststellung allenfalls zugrunde liegenden Dokumente oder Einsichtnahmen in Registereintragungen;
- e. Ort und Datum der Beurkundung;
- f. die eigenhändigen Unterschriften der an der Beurkundung mitwirkenden Personen;
- g. die Urkundsformel, welche den Ablauf des Beurkundungsaktes gemäss § 22 Absatz 1 oder § 23 Absatz 6 bescheinigt, mit der eigenhändigen Unterschrift der Notarin oder des Notars unter Beifügung des Notariatsstempels oder Notariatssiegels.

§ 22 Beurkundungsakt

¹ Die öffentliche Urkunde ist von den mitwirkenden Personen selbst zu lesen oder durch die Notarin oder den Notar vorzulesen und nach der Bestätigung, der Inhalt entspreche dem Parteiwillen, zu unterzeichnen. Anschliessend hat die Notarin oder der Notar festzustellen, dass dies so geschehen ist, unter Beifügung der eigenen Unterschrift nebst Notariatsstempel oder Notariatssiegel.

² Die Beurkundung ist ohne Unterbrechung durchzuführen.

³ Vorbehalten bleiben die besonderen Formvorschriften des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für die Beurkundung einzelner Rechtsgeschäfte.

⁴ Haben mehrere Personen die Urkunde zu unterschreiben, so muss die Unterzeichnung in der Regel gleichzeitig geschehen. Die Notarin oder der Notar

kann Ausnahmen bewilligen. In diesem Falle erfolgt die Beurkundung durch die gleiche Notarin oder den gleichen Notar erst, nachdem alle Personen unterzeichnet haben.

⁵ Bei Sachbeurkundungen entfällt die Mitwirkung allenfalls handelnder Personen am Beurkundungsakt. Die Notarin oder der Notar bestätigt in solchen Fällen, dass sie oder er die zu beurkundenden Tatsachen, Vorgänge oder Zustände aufgrund eigener Wahrnehmung festgestellt hat und unterzeichnet die Urkunde unter Beifügung des Notariatsstempels oder des Notariatssiegels alleine.

§ 23 Beurkundungsakt bei körperlicher Beeinträchtigung einer mitwirkenden Person

¹ Ist eine mitwirkende Person nicht in der Lage, die Urkunde selbst zu lesen, hat ihr die Notarin oder der Notar die Urkunde vorzulesen.

² Ist eine mitwirkende Person zudem gehörlos oder so stark hörbehindert, dass auch eine Vorlesung der Urkunde deren Inhalt nicht vermitteln kann, ist die Urkunde durch eine sachverständige Person deutlich zur Kenntnis zu geben. Die sachverständige Person hat mit ihrer Unterschrift zu bezeugen, dass sie den Inhalt der Urkunde der betroffenen Partei gewissenhaft zur Kenntnis gebracht hat und dass der Inhalt von ihr verstanden worden sei.

³ Ist eine mitwirkende Person nicht in der Lage, ihre Zustimmung zum Inhalt mündlich zu erklären, wird die Erklärung durch geeignete Zeichengebung und die Unterschrift der betroffenen Person auf der Urkunde ersetzt.

⁴ Ist eine mitwirkende Person nicht in der Lage, die Urkunde zu unterschreiben, so ersetzt die Notarin oder der Notar die Unterschrift gemäss Artikel 15 OR durch die öffentliche Beurkundung.

⁵ Für erbrechtliche Beurkundungen bleiben die Vorschriften von Artikel 502 ZGB vorbehalten. Die Notarin oder der Notar ist zudem berechtigt, in jedem dieser Fälle die Formvorschrift des Artikels 502 ZGB analog anzuwenden und die Beurkundung unter Beizug zweier Zeuginnen oder Zeugen durchzuführen.

⁶ In allen Fällen, auch bei Häufung mehrerer spezieller Umstände, hat die Urkunde die Gründe für die Anwendung des besonderen Beurkundungsaktes sowie die Urkundsformel die Art und Weise der Durchführung auszuweisen.

§ 24 Beurkundung von Grundpfandrechten

Die öffentliche Beurkundung von Verträgen auf Errichtung eines Grundpfandrechtes kann in Anwesenheit der Schuldnerschaft allein geschehen. Die Mitwirkung der Gläubigerschaft wird durch deren schriftliche Erklärung ersetzt.

§ 25 Beurkundung von Abtretungen an Strassen

Abtretungen an öffentliche Strassen können in vereinfachter Form auf dem Mutationsplan beurkundet werden.

§ 26 Genehmigungen, Anzeigen, Mitteilungen, Anmeldungen

¹ Die Notarin oder der Notar holt die für ein öffentlich beurkundetes Rechtsgeschäft erforderlichen Genehmigungen ein.

² Die Notarin oder der Notar erlässt, sofern keine gegenteiligen Instruktionen bestehen, die für den Vollzug des Rechtsgeschäftes gesetzlich vorgeschriebenen Anzeigen und Mitteilungen.

³ Die Notarin oder der Notar meldet die beurkundeten Grundstücksgeschäfte zur Eintragung im Grundbuch an.

E. Urkundengestaltung

§ 27 Papier, Schrift, Daten und Zahlen

¹ Die Urkunde ist auf gut beschreibbarem, haltbarem Papier mit dauerhafter und gut lesbarer Schrift zu erstellen.

² Wichtige Daten und Zahlen sind wenigstens einmal in Worten auszusprechen.

³ Der Regierungsrat erlässt Bestimmungen über die zulässigen Schrift- und Druckverfahren.

§ 28 Streichungen, Änderungen und Einschaltungen in der Urkunde

¹ Im Urkundentext selbst dürfen keine umfangreichen Änderungen und Einschaltungen enthalten sein.

² Das Wegfallen einzelner Wörter im Text und kurze Einschaltungen können am Rande vermerkt werden.

³ Der Vermerk ist zu unterzeichnen, bei der Beurkundung von Willensäusserungen durch die Parteien und durch die Notarin oder den Notar, sofern durch den Vermerk eine inhaltliche Änderung der Urkunde eintritt.

⁴ Bei der Beurkundung von Tatsachen, Vorgängen oder Zuständen sowie bei rein redaktionellen Anpassungen, z.B. der Berichtigung von Schreibfehlern oder blossen Rechnungsfehlern, unterzeichnet die Notarin oder der Notar den Vermerk alleine.

⁵ Umfangreiche Änderungen und Einschaltungen sind am Ende der Urkunde aufzuführen, unter gleichzeitiger Nennung der Textteile, die als ungültig wegfallen. Sie sind in gleicher Weise zu unterzeichnen wie die Urkunde.

§ 29 Mehrseitige Urkunde

¹ Umfasst eine Urkunde mehrere Blätter, so sind diese auf geeignete Weise untrennbar miteinander zu verbinden. Die Notariatskommission bestimmt die Verfahren zur Verbindung mehrseitiger Urkunden.

² Übersetzungen der Urkunde und Vollmachten sind im Original oder in beglaubigter Abschrift der Urkunde beizuheften.

³ Beilagen, die zum Bestandteil der Urkunde erklärt werden, sind von den Parteien und der Notarin oder dem Notar zu unterzeichnen und mit dem Notariatsstempel zu versehen.

⁴ Mehrseitige Urkunden sind von der Notarin oder dem Notar und den Parteien zu paraphieren.

§ 30 Ausfertigungen der Urkunde

Werden von einer Urkunde mehrere beurkundete Original Exemplare ausgefertigt, so ist in allen Exemplaren deren Anzahl anzugeben.

F. Beglaubigungen

§ 31 Voraussetzung der Beglaubigung

Die Beglaubigung darf nur vorgenommen werden, wenn sich die Beglaubigungsperson von der Echtheit des Handzeichens oder der Unterschrift sowie von der Richtigkeit der Abschrift oder des Auszuges überzeugt hat.

§ 32 Inhalt der Unterschriftsbeglaubigung

Die Unterschriftsbeglaubigung bezieht sich auf die Echtheit der Unterschrift und die Identität der unterzeichnenden Person. Sie enthält keine Aussage über die Handlungsfähigkeit der unterzeichnenden Person und über den Text, welcher der Unterschrift vorangestellt ist.

§ 33 Form der Beglaubigung

¹ Die Beglaubigung von Handzeichen oder Unterschriften erfolgt durch die Feststellung, aufgrund welcher Tatsachen sich die Beglaubigungsperson von der Echtheit überzeugt hat, unter Beifügung des Ortes der Beglaubigung, des Datums sowie der Unterschrift und des Stempels der Beglaubigungsperson.

² Die Beglaubigung von Abschriften und Auszügen erfolgt durch die Feststellung der Übereinstimmung mit dem Originaldokument und der Beifügung des Ortes, des Datums sowie der Unterschrift und des Stempels der Beglaubigungsperson.

³ Die Beglaubigung kann in jeder Sprache abgefasst werden, derer die Notarin oder der Notar selber mächtig ist.

⁴ Für Unterschrifts- und Dokumentenbeglaubigungen kann ein Stempel oder ein nicht ablösbarer Aufkleber mit dem Beglaubigungstext verwendet werden.

⁵ Im Übrigen gelten die Bestimmungen über die öffentliche Beurkundung sinngemäss für die Beglaubigung.

G. Amtsführung der Notarinnen und Notare**§ 34 Unvereinbare Tätigkeiten**

¹ Die Notarinnen und Notare dürfen keine Tätigkeit ausüben, die mit einer unabhängigen und einwandfreien Berufsausübung oder mit dem Ansehen des Notarenstandes unvereinbar ist.

² Unvereinbar ist namentlich jeder Abschluss von Rechtsgeschäften auf eigene Rechnung in Angelegenheiten, von denen sie in Ausübung ihres Berufes Kenntnis erhalten haben.

§ 35 Anstellungsverhältnis

Die Ausübung der Notariatstätigkeit im Anstellungsverhältnis ist unzulässig.

§ 36 Reklame und öffentliche Äusserungen

¹ Die Notarinnen und Notare enthalten sich aufdringlicher Werbung und Empfehlung.

² Die Notarinnen und Notare üben Zurückhaltung bei Erklärungen zuhanden der Öffentlichkeit.

³ Zulässig sind die üblichen Bekanntmachungen von Büroeröffnungen, Adressänderungen und dergleichen.

§ 37 Gemeinsames Büro

¹ Mehrere Notarinnen und Notare können ein gemeinsames Büro führen.

² Jede Notarin und jeder Notar übt das Notariat auf eigene Verantwortlichkeit aus und hat die eigenen Akten anzulegen und Protokolle zu führen.

§ 38 Übernahme des Notariatsbüros

¹ Wird das Büro einer Notarin oder eines Notars durch eine andere Notarin bzw. einen anderen Notar übernommen, können Belegsammlung, Urkundenprotokolle und die Klientendossiers durch die übernehmende Person archiviert werden.

² Der Notariatskommission ist ein Inventar über die übernommene Belegsammlung und die Urkundenprotokolle sowie Amtsstempel und gegebenenfalls Amtssiegel der zurückgetretenen Notarin oder des zurückgetretenen Notars auszuhändigen.

§ 39 Amtsaufnahme und Praxiseröffnung

¹ Die Notarinnen und Notare zeigen der Notariatskommission die Amtsaufnahme oder die Eröffnung des Notariatsbüros mit der verwendeten notariellen Unterschrift an.

² Die Notariatskommission händigt den Notarinnen und Notaren Amtsstempel sowie auf besonderes Begehren den Amtssiegel aus.

³ Der Regierungsrat erlässt Bestimmungen über die Gestaltung der Amtsstempel und der Amtssiegel.

§ 40 Geldverkehr, Buchführungspflicht

¹ Die Notarinnen und Notare bewahren die ihnen anvertrauten Gelder, Wertschriften und anderen Sachen nach anerkannten kaufmännischen Regeln auf.

² Die Notarinnen und Notare führen eine ordnungsgemässe Buchhaltung, die nur die Notariatsgeschäfte enthält.

§ 41 Umgang mit Kundengeldern

¹ Die Notarinnen und Notare sind verpflichtet, Kundengelder von ihren nicht bilanzierten privaten Mitteln getrennt zu halten. Die Kundengelder dürfen auch nicht vorübergehend zu eigenen Zwecken verwendet oder mit privaten Vermögenswerten vermengt werden. Die Kundengelder sind auf die Namen der Kunden anzulegen.

² Die Kundengelder sind der Kundschaft abzuliefern oder bei einer Schweizer Bank in der Regel in Schweizer Franken auf den Namen der Kundschaft anzulegen, sofern und soweit sie nicht auf kurze Frist zu Zahlungen bereitgehalten werden müssen.

³ Die Notarin bzw. der Notar muss jederzeit bereit sein, alle anvertrauten Vermögenswerte den Berechtigten auszuhändigen.

⁴ Bei Vermögensverwaltungen und anderen Aufträgen, deren Durchführung längere Zeit in Anspruch nimmt, sind der Kundschaft periodisch, mindestens einmal jährlich, Rechnungsauszüge zuzustellen und durch sie anerkennen zu lassen.

§ 42 Aktenführung

¹ Die Notarinnen und Notare führen für die Notariatsgeschäfte eine von den anderen Geschäften separate Aktensammlung.

² Die Aktensammlung enthält:

- a. die Belegsammlung, umfassend die Urkunden und die dazugehörigen Belege;
- b. die Urkundenprotokolle;
- c. die Klientendossiers.

³ Die Belegsammlung und die Urkundenprotokolle sind auf dem Gebiet des Kantons Basel-Landschaft sorgfältig und sicher aufzubewahren.

⁴ Die Akten des Klientendossiers sind während zehn Jahren aufzubewahren und können danach vernichtet werden.

⁵ Verstirbt die Notarin oder der Notar während der Aufbewahrungsfrist, ordnet die Notariatskommission die erforderlichen Massnahmen an.

§ 43 Urkundenprotokolle

¹ Die Notarin oder der Notar führt über die Ausfertigung folgender öffentlicher Urkunden Protokoll:

- a. alle öffentlichen Urkunden, die grundbuchlich zu vollziehen sind;
- b. alle öffentlichen Urkunden, die nicht grundbuchlich zu vollziehen sind;
- c. Bürgschaften;
- d. Beglaubigungen.

² Die Notariatskommission legt die Einzelheiten der Protokollführung fest.

§ 44 Jahresstatistik, Bericht

¹ Die Notarin oder der Notar legt der Notariatskommission am Ende des Kalenderjahres aufgrund der Protokolle eine Statistik vor und erstattet Bericht über besondere Vorfälle.

² Der Regierungsrat erlässt Bestimmungen über die Gestaltung der Statistik.

§ 45 Gebühren

¹ Die Notarinnen und Notare beziehen für die Beurkundungen und die damit verbundenen Beratungen Gebühren, die sich nach dem Aufwand und nach einem angemessenen Stundenansatz richten. Der Regierungsrat erlässt den Gebührentarif.

² Gegen Gebührenrechnungen kann innert zehn Tagen beim Regierungsrat Beschwerde erhoben werden. Die Gebührenrechnung ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

³ Die Notariatsgebühren können auf Gesuch hin ermässigt oder vollständig erlassen werden, wenn ein finanzieller Härtefall vorliegt.

⁴ Die Notarinnen und Notare entscheiden über Gesuche um Gebührenermässigung. Gegen diesen Entscheid kann innert zehn Tagen beim Regierungsrat Beschwerde erhoben werden.

⁵ Der Regierungsrat entscheidet über Gesuche um vollständigen Gebührenerlass.

⁶ Für vollständig erlassene Gebühren haben die Notarinnen und Notare Anspruch auf Erstattung gegenüber dem Kanton. Eine blosse Gebührenermässigung begründet keinen derartigen Anspruch.

§ 46 Kostenvorschuss

¹ Die Notarinnen und Notare können für Gebühren und Auslagen einen angemessenen Kostenvorschuss verlangen.

² Gegen Kostenvorschussrechnungen kann innert 10 Tagen beim Regierungsrat Beschwerde erhoben werden. Die Kostenvorschussrechnung ist mit einer Rechtsmittelbelehrung und mit einem Hinweis auf die Folgen gemäss Absatz 3 zu versehen.

³ Wird der Kostenvorschuss nicht geleistet, können die Notarinnen und Notare die verlangte Beurkundung ablehnen.

§ 47 Verantwortlichkeit

¹ Die Notarinnen und Notare haften für Schäden, die sie oder ihr Personal durch eine rechtswidrige Amtshandlung oder Unterlassung verursacht haben.

² Streitigkeiten über Haftpflichtansprüche entscheiden die ordentlichen Gerichte nach den Bestimmungen des Zivilprozessrechts.

H. Aufsicht und Disziplinarrecht**§ 48 Aufsicht**

¹ Die Notariatskommission übt die Aufsicht über die Notarinnen und Notare aus. Sie erlässt Weisungen über die Amtsführung und führt periodisch Inspektionen durch.

² Der Regierungsrat entscheidet über Beschwerden im Beurkundungswesen.

§ 49 Inspektionen

¹ Die Notariatskommission kontrolliert periodisch die Amtsführung der Notarinnen und Notare aufgrund der Belegsammlung und der Buchhaltung. Falls erforderlich, kann die Aktensammlung beigezogen werden.

² Für die Revision der Buchhaltung können auf Kosten der Notarin oder des Notars externe Fachleute beigezogen werden.

³ Die Notarin oder der Notar kann eine Revisionsstelle mit der Revision der Buchhaltung beauftragen und deren Bericht der Notariatskommission vorlegen.

⁴ Der Regierungsrat erlässt Bestimmungen über den Inhalt und die Durchführung der Inspektionen sowie über die Revision der Buchhaltung.

§ 50 Disziplinaratbestände, Disziplinar massnahmen

¹ Disziplinaratbestände sind:

- a. grobe Verletzung der Berufspflichten;
- b. schuldhaftes, mit den Berufspflichten nicht vereinbares persönliches Verhalten.

² Die Notariatsdisziplinarcommission verhängt je nach Massgabe des Verschuldens eine der folgenden Disziplinar massnahmen:

- a. schriftlicher Verweis;
- b. Busse bis 10'000 Fr.;
- c. Einstellung in der Berufsausübung bis zu zwei Jahren;

d. Entzug der Notariatsbewilligung.

§ 51 Behandlung von Disziplinarfällen

Die Notariatskommission ist zur Behandlung von Disziplinarfällen zuständig.

§ 52 Aufsichtsrechtliche Anzeige

Wer sich über die Berufsausübung oder ein mit den Berufspflichten nicht zu vereinbarendes persönliches Verhalten einer Notarin oder eines Notars zu beklagen hat, kann beim Regierungsrat aufsichtsrechtliche Anzeige einreichen.

§ 53 Verfahren bei Disziplinarverstössen

¹ Die aufsichtsrechtliche Anzeige ist durch die Sicherheitsdirektion nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz zu instruieren.

² Nach Abschluss des Instruktionsverfahrens überweist die Sicherheitsdirektion den Fall

- a. dem Regierungsrat zum Entscheid, oder
- b. bei Vorliegen eines Disziplinarverstosses der Notariatskommission.

³ Die Notariatskommission kann weitere Erhebungen durchführen. Der Entscheid ist schriftlich zu begründen. Das Verfahren ist kostenlos.

⁴ Gegen Entscheide der Notariatskommission kann innert zehn Tagen beim Kantonsgericht (Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht) Beschwerde erhoben werden.

§ 54 Verjährung der Disziplinarverstösse

¹ Pflichtverletzungen verjähren fünf Jahre nach ihrer Begehung.

² Wenn in der gleichen Sache ein Strafverfahren eingeleitet wird, ruht die Verjährung bis zum Zeitpunkt der Rechtskraft des endgültigen Entscheides.

I. Erlöschen, Entzug und Sistierung der Notariatsbewilligung

§ 55 Erlöschen, Entzug der Notariatsbewilligung

¹ Die Notariatsbewilligung erlischt mit dem Verzicht auf dieselbe oder mit dem Tod der Notarin oder des Notars.

² Die Notariatsbewilligung wird entzogen, wenn die Voraussetzungen für deren Erteilung (§ 3) wegfallen.

³ Vorbehalten bleibt die Sistierung der Notariatsbewilligung (§ 56) oder deren Entzug im Rahmen einer Disziplinarmassnahme (§ 50 Absatz 2 Buchstabe d).

§ 56 Sistierung der Notariatsbewilligung

¹ Die Notariatsbewilligung wird sistiert bei:

- a. Eintritt vorübergehender Handlungsunfähigkeit;
- b. vorübergehendem Wegfall der zur Berufsausübung notwendigen körperlichen und geistigen Eigenschaften;
- c. vorübergehender Einstellung in der Berufsausübung;
- d. Aufgabe des Geschäftssitzes im Kanton Basel-Landschaft;
- e. Wegfall einer Haftpflichtversicherung mit genügender Deckung.

² Die Notariatsbewilligung kann ferner sistiert werden bei der Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Notarin oder den Notaren.

§ 57 Verfahren

¹ Die Notariatskommission stellt das Erlöschen der Notariatsbewilligung fest und sistiert oder entzieht die Notariatsbewilligung.

² Gegen diesen Entscheid kann innert zehn Tagen beim Regierungsrat Beschwerde erhoben werden.

³ Bei Erlöschen oder Sistierung der Notariatsbewilligung trifft die Notariatskommission die notwendigen Massnahmen zum Abschluss der offenen Geschäfte. Sie errichtet ein Inventar und zieht Amtsstempel, gegebenenfalls Amtssiegel, Aktensammlung und Protokolle ein, archiviert sie und veranlasst die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kantons Basel-Landschaft.

§ 58 Berufsaufgabe

¹ Gibt eine Notarin oder ein Notar den Beruf auf, teilt sie oder er dies der Notariatskommission mit und übergibt dieser Belegsammlung, Urkundenprotokolle sowie Amtsstempel und gegebenenfalls den Amtssiegel.

² Die Klientendossiers werden bis zum Ablauf der ordentlichen Aufbewahrungsfrist durch die Notarin bzw. den Notaren aufbewahrt.

J. Ergänzende Bestimmungen für Gemeindenotarinnen und Gemeindenotare

§ 59 Disziplinarrecht

Für die Notarinnen und Notaren der Gemeinden ist der Regierungsrat Disziplinarbehörde. Es gilt das Disziplinarrecht für auf Amtsperiode Gewählte gemäss Gesetz über die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons (Personalgesetz) vom 25. September 1997.

§ 60 Prüfung für Notarinnen und Notaren der Gemeinden

¹ Die Gemeindenotarinnen und Gemeindenotare legen eine der eingeschränkten sachlichen Zuständigkeit entsprechende Notariatsprüfung ab.

² Der Regierungsrat erlässt Bestimmungen über die Prüfung für Notarinnen und Notaren der Gemeinden.

§ 61 Verantwortlichkeit

Die Verantwortlichkeit der Notarinnen und Notaren der Gemeinden richtet sich nach dem Haftungsgesetz vom 24. April 2008¹.

§ 62 Gebühren

Für die Gebührenerhebung findet die Verordnung vom 8. Januar 1991² über die Gebühren zum Zivilrecht Anwendung.

K. Schlussbestimmungen**§ 63 Übergangsbestimmung betr. Notariatsprüfung**

¹ Die Notarinnen und Notare der Bezirksschreibereien sowie Inhaberinnen und Inhaber eines Basellandschaftlichen Fähigkeitsausweises für private Notarinnen und Notare sind für die Aufnahme der selbständigen Notariatstätigkeit von der Notariatsprüfung befreit.

² Notariatspraktika von mindestens sechs Monaten Dauer, die bis längstens zum 31. Dezember 2013 bei einer Bezirksschreiberei abgeschlossen wurden, werden für die Zulassung zur Notariatsprüfung anerkannt.

³ Hat eine Kandidatin oder ein Kandidat die Notariatsprüfung erstmalig unter der Geltung des Notariatsgesetzes vom 28. September 1997³ nicht bestanden, so wird sie bzw. er nach insgesamt dreimaligem Nichtbestehen der Prüfung nicht mehr zugelassen.

§ 64 Übergangsbestimmung betreffend Notariatsprüfungskommission

Die für die laufende Amtsperiode gewählten Mitglieder der Notariatsprüfungskommission behalten diese Funktion bis zum Ablauf der Amtsperiode. Sie werden als Mitglieder in die Notariatskommission integriert.

¹ GS 36.732, SGS 105

² GS 30.491, SGS 211.71

³ GS 33.98, SGS 217

§ 65 Aufhebung bisherigen Rechts

Das Notariatsgesetz vom 28. September 1997¹ wird aufgehoben.

§ 66 Inkrafttreten

¹ Der Regierungsrat beschliesst das Inkrafttreten dieses Gesetzes.

² Das Gesetz bedarf der Genehmigung des Bundesrates.

C. Gesetz über die Einführung des Zivilgesetzbuches (EG ZGB)**I.**

Das Gesetz vom 16. November 2006² über die Einführung des Zivilgesetzbuches (EG ZGB) wird wie folgt geändert:

§ 6 Notarinnen und Notare

¹ Zur öffentlichen Beurkundung sind nur die Notarinnen und Notare ermächtigt, nämlich:

- a. die Basellandschaftlichen Notarinnen und Notare,
- b. die Notarinnen und Notare der Gemeinden.

² Die Basellandschaftlichen Notarinnen und Notare üben die Notariatstätigkeit als selbständig Erwerbende aus.

§ 6a Sachliche Zuständigkeit

Sachlich zuständig sind:

- a. die Basellandschaftlichen Notarinnen und Notare für sämtliche öffentliche Beurkundungen;
- b. wahlweise neben den Basellandschaftlichen Notarinnen und Notaren die Notarinnen und Notare der Gemeinden für die Beurkundung von Kauf-, Tausch- und Schenkungsverträgen über Grundstücke.

§ 6b Örtliche Zuständigkeit

Örtlich zuständig sind:

- a. Die Basellandschaftlichen Notarinnen und Notare für das gesamte Kantonsgebiet;
- b. die Notarinnen und Notare der Gemeinden für den Gemeindebann.

¹ GS 33.98, SGS 217

² GS 36.153, SGS 211

§ 6c Zuständigkeit für Beglaubigungen

¹ Zuständig für die Beglaubigung von Handzeichen und Unterschriften sowie von Abschriften und Auszügen sind

- a. die Basellandschaftlichen Notarinnen und Notare;
- b. Mitarbeitende der Zivilrechtsverwaltung, denen die Befugnis von der Sicherheitsdirektion übertragen wurde;
- c. die Landeskanzlei für Beglaubigungen, Überbeglaubigungen und Apostillen;
- d. die Notarinnen und Notare der Gemeinden, die Gemeindepräsidien, die Gemeindeverwalterinnen und Gemeindeverwalter, die Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber sowie weitere Gemeindeangestellte, denen die Befugnis vom Gemeinderat übertragen wurde.

² Vorbehalten bleiben die besonderen Bestimmungen des Bundesrechts hinsichtlich der Führung öffentlicher Register

§ 6d Notariatsgesetz

Das Notariatsgesetz vom ...¹ regelt das Beurkundungsverfahren und die Berufsausübung der Notarinnen und Notare, die Zulassung zum Notarenberuf und deren Voraussetzungen sowie die Verantwortlichkeit, das Disziplinarwesen und die Aufsicht.

§§ 7 bis 47

Aufgehoben

§ 48 Namensänderung

¹ Die Sicherheitsdirektion ist zuständig für die Bewilligung von Namensänderungen (Artikel 30 Absätze 1 und 2 ZGB).

² Die Sicherheitsdirektion kann in Namensänderungsverfahren private Sachverständige in Sozialarbeit beiziehen. Für diese findet § 68 Absatz 2 dieses Gesetzes Anwendung.

§ 50 Absatz 1

¹ Die Sicherheitsdirektion ist zuständig für die Aufsicht über das Zivilstandswesen (Artikel 45 Absatz 1 ZGB).

§ 51 Vereine

Die Sicherheitsdirektion ist zuständig für das Erheben von Klagen auf Aufhebung eines Vereins (Artikel 78 ZGB).

¹ GS §, SGS §

§ 56 Einleitungssatz

Die Sicherheitsdirektion ist zuständig für das Erheben von:

§ 57 Inventare und Beurkundungen nach Eherecht und Partnerschaftsgesetz

¹ Die Basellandschaftlichen Notarinnen und Notare sind zuständig für die Beurkundung von:

- a. Eheverträgen (Artikel 182 ZGB);
- b. Inventaren über eheliche Vermögenswerte (Artikel 195a ZGB);
- c. Inventaren über eigene Vermögenswerte (Artikel 20 PartG);
- d. Inventaren über eigene Vermögenswerte (Artikel 20 PartG);
- e. Inventaren bei Scheidung (Artikel 120 ZGB).

§ 58 Absatz 1 Einleitungssatz und Absatz 2

¹ Die Sicherheitsdirektion ist zuständig für:

² Die Sicherheitsdirektion kann in Adoptionsverfahren und im Bereich von Adoptionspflegeverhältnissen private Sachverständige in Sozialarbeit beiziehen. Für diese findet § 68 Absatz 2 dieses Gesetzes Anwendung.

§ 105 Titel

Zivilrechtsverwaltung

§ 105 Einleitungssatz und Buchstabe v

Die Zivilrechtsverwaltung ist zuständig für:

- v. die Fristverlängerung für die Erklärung über Erwerb einer Erbschaft (Artikel 576 und 587 ZGB).

§ 106 Sicherheitsdirektion

Die Sicherheitsdirektion ist zuständig für:

- a. das Erheben der Klage auf Vollziehung von Auflagen, die einen Bezirk oder den Kanton betreffen (Artikel 482 Absatz 1 ZGB);
- b. die Aufsicht über das Erbschaftswesen;
- c. die Aufsicht über die durch die Zivilrechtsverwaltung durchgeführten Erbschaftsliquidationen, Erbschaftsverwaltungen, Erbschaftsvertretungen und Willensvollstreckungen.

§ 107 Regierungsrat

Der Regierungsrat ist zuständig für die Beurteilung von Beschwerden gegen Verfügungen der Zivilrechtsverwaltung im Erbschaftswesen.

§ 108 Absätze 1 und 3

¹ Das Zivilstandsamt, das den Tod einer zuletzt im Kanton Basel-Landschaft wohnhaften Person verurkundet, teilt den Todesfall unverzüglich der Zivilrechtsverwaltung mit. Die gleiche Pflicht obliegt dem Zivilstandsamt, das die Verschollenerklärung einer zuletzt im Kanton Basel-Landschaft wohnhaften Person verurkundet. Das Zivilstandsamt ist zudem bei der Ermittlung der gesetzlichen Erbinnen und Erben behilflich, sofern es persönlichen Kontakt mit Angehörigen oder sonstigen Personen im Zusammenhang mit dem Todesfall hat.

³ Nimmt die Einwohnergemeinde des letzten Wohnsitzes einer verstorbenen Person die Anzeige eines Todesfalls entgegen, hat sie diesen unverzüglich der Zivilrechtsverwaltung zu melden. Sie ist zudem bei der Ermittlung der gesetzlichen Erbinnen und Erben behilflich.

§ 109 Absatz 1 Einleitungssatz

¹ Eine Siegelung der Erbschaft ist ohne Verzug durch die Zivilrechtsverwaltung vorzunehmen:

§ 110 Absätze 4 und 7

⁴ Die Zivilrechtsverwaltung nimmt das Inventar nach den in Artikel 581 ZGB für das öffentliche Inventar enthaltenen Vorschriften auf. Wenn nötig zieht sie weitere Sachverständige bei.

⁷ Alle Personen, die über die Vermögensverhältnisse der verstorbenen Person Auskunft geben können oder die deren Vermögensstücke besitzen (z.B. Erbin oder Erbe; Hausgenossinnen oder Hausgenossen der verstorbenen Person; Personen, die Vermögensstücke der verstorbenen Person verwalten oder verwahren), sind auf Anfrage der Zivilrechtsverwaltung zur wahrheitsgemässen Auskunft und zur Ablieferung der Nachlassaktiven verpflichtet.

§ 111 Eröffnung von Ehe-, Erb- und Vermögensverträgen

¹ Behörden, die Ehe- und Erbverträge sowie Vermögensverträge nach PartG aufbewahren, haben diese beim Tod der Erblasserin oder des Erblassers unverzüglich der Zivilrechtsverwaltung einzuliefern.

² Die Zivilrechtsverwaltung eröffnet diejenigen Bestimmungen der Ehe- und Erbverträge sowie der Vermögensverträge nach PartG, die diesen Erbgang betreffen.

§ 112 Verfahren

¹ Das Begehren um Aufnahme eines öffentlichen Inventars ist bei der Zivilrechtsverwaltung mündlich oder schriftlich zu stellen.

² Sofern in einem solchen Falle bereits ein Inventar nach § 110 dieses Gesetzes aufgenommen worden ist, so gilt dieses als öffentliches Inventar, andernfalls hat die Aufnahme des Inventars durch die Zivilrechtsverwaltung sofort zu erfolgen.

§ 113 Absätze 1 und 6

¹ Die Zivilrechtsverwaltung oder die von ihr bestellte Erbschaftsverwaltung trifft die nötigen sichernden Massnahmen und hat die Verwaltung nach Massgabe des ZGB bis zur Entscheidung der Erbinnen und Erben über die Annahme der Erbschaft zu führen.

⁶ Unbekannte Erbinnen und Erben sind im Amtsblatt und nötigenfalls in weiteren Publikationsorganen aufzufordern, sich zu melden (Artikel 555 ZGB). Die Zivilrechtsverwaltung geht Hinweisen von Drittpersonen nach und nimmt weitere Abklärungen vor.

§ 114 Absatz 1

¹ Die Zivilrechtsverwaltung macht den Rechnungsruf (Artikel 582 ZGB) im Amtsblatt und nötigenfalls in weiteren Publikationsorganen bekannt.

§ 117 Einleitungssatz und Buchstabe c

Die Zivilrechtsverwaltung hat ausser in den in Artikel 609 ZGB vorgesehenen Fällen bei der Teilung mitzuwirken wenn:

- a. eine Erbin oder ein Erbe die Mitwirkung der Zivilrechtsverwaltung verlangt.

§ 119 Absatz 1

¹ Die Zivilrechtsverwaltung stellt bei Erbteilungen in Form einer anfechtbaren Verfügung den Anrechnungswert für Grundstücke fest (Artikel 618 ff. ZGB).

§ 123 Absatz 1 Einleitungssatz und Buchstabe a

¹ Die Zivilrechtsverwaltung ist zuständig für:

- a. Aufgehoben

§ 124 Absatz 1 Einleitungssatz

¹ Die Sicherheitsdirektion ist zuständig für die:

§ 152 Viehverpfändung

Die Zivilrechtsverwaltung führt ein Verschreibungsprotokoll für die Viehverpfändung.

§ 153 Absatz 1

¹ Die Bewilligung für den Betrieb des Pfandleihgewerbes wird von der Sicherheitsdirektion für jeweils drei Jahre erteilt.

§ 154 Absätze 1, 2, 3 und 5

¹ Das kantonale Grundbuchamt ist der Zivilrechtsverwaltung angegliedert. Das Grundbuch wird gemeindeweise geführt.

² Die Sicherheitsdirektion übt die Aufsicht über das Grundbuchwesen aus.

³ Gegen Verfügungen der Zivilrechtsverwaltung im Grundbuchwesen kann innert 30 Tagen beim Regierungsrat Beschwerde erhoben werden.

⁵ Die Sicherheitsdirektion kann überprüfen, ob die Benutzerkreise den elektronischen Zugriff auf die Daten des Grundbuchs ordnungsgemäß ausüben. Sie kann dafür auf deren Kosten externe Fachstellen beiziehen. Bei Missbrauch kann die Zugangsberechtigung aufgehoben werden.

§ 158 Absätze 3 und 4

³ Der Regierungsrat erlässt einen Gebührentarif sowie einen Notariatstarif und regelt die Entschädigung im Sinne von Artikel 416 ZGB.

⁴ Aufgehoben

§ 159 Zuständigkeit

Das Grundbuchamt ist unter der Verfahrensleitung der Sicherheitsdirektion zuständig, um das Grundbuch anzulegen.

§ 164 Absatz 1

¹ Die Sicherheitsdirektion beurteilt die erhobenen Einsprachen.

§ 167 Bekanntgabe der Vollendung der Grundbuchanlegung

Sobald die Anlegung des Grundbuchs für eine Gemeinde vollendet ist, wird dies durch die Sicherheitsdirektion in Kraft gesetzt und im Amtsblatt bekannt gemacht, mit Anführung der Bestimmung des Schlusssatzes von § 163 dieses Gesetzes.

§ 179a Übergangsbestimmung betreffend das Amtsnotariat

¹ Das Amtsnotariat der Bezirksschreibereien wird bis längstens 31. Dezember 2013 beibehalten. Mit diesem Datum entfällt jede Zuständigkeit der Bezirksschreibereien in der öffentlichen Beurkundung, mit Vorbehalt der Befugnis zur Vornahme von Beglaubigungen.

² Die Notariatskommission trifft die erforderlichen Massnahmen für den ordnungsgemässen Abschluss von Notariatsgeschäften, die beim Ablauf der Übergangsfrist bei den Bezirksschreibereien hängig sind.

II.

- a. Die Änderungen bezüglich des Beurkundungsrechts (§§ 6 bis 47 EG ZGB) treten am 1. Juli 2012 in Kraft.
- b. Alle übrigen Änderungen treten am 1. Januar 2014 in Kraft.

D. Gesetz über die Einführung des Obligationenrechts (EG OR)

I.

Das Gesetz vom 17. Oktober 2002¹ über die Einführung des Obligationenrechts (EG OR) wird wie folgt geändert:

§ 1 Absatz 1

¹ Die Durchführung öffentlicher Fahrnisversteigerungen bedarf einer Bewilligung der Sicherheitsdirektion. Keine Bewilligung ist erforderlich, wenn eine juristische Person mit öffentlichem oder gemeinnützigem Zweck Gegenstände versteigert, welche ihr unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden und wenn deren Erlös einem öffentlichen oder gemeinnützigem Zweck zugeführt wird.

§ 3 Fundversteigerung

Die Sicherheitsdirektion erteilt die Bewilligung gemäss Artikel 721 Absatz 2 ZGB für die öffentliche Versteigerung von Fundsachen.

§ 5 Grundstückversteigerung, Zuständigkeit

Die Durchführung öffentlicher Versteigerungen von Grundstücken gemäss Artikel 655 Absatz 2 ZGB obliegt der Zivilrechtsverwaltung.

§ 6 Titel

Aufgaben der Zivilrechtsverwaltung

§ 6 Einleitungssatz

Der Zivilrechtsverwaltung obliegen bei der öffentlichen Grundstückversteigerung folgende Aufgaben:

§ 8 Absätze 1 und 3

¹ Die Versteigerungsbedingungen und ein Verzeichnis der auf dem Grundstück

¹ GS 34.809, SGS 212

haftenden Lasten und Rechte liegen ab Publikation der Versteigerung bei der Zivilrechtsverwaltung zur Einsichtnahme auf.

³ Das Personal der Zivilrechtsverwaltung darf an Grundstücksversteigerungen weder für sich selbst noch für Dritte bieten.

§ 10 Buchstabe b

Zur Klage auf Vollziehung von Schenkungsaufgaben gemäss Artikel 246 OR ist zuständig:

- b. die Sicherheitsdirektion für Auflagen, welche einen Bezirk oder den Kanton betreffen.

§ 12 Absatz 1

¹ Die Sicherheitsdirektion erteilt die Bewilligung für die berufsmässige Ehe- und Partnerschaftsvermittlung von Personen oder an Personen aus dem Ausland gemäss Artikel 406c Absatz 1 OR.

§ 14 Absätze 1 und 3

¹ Die Sicherheitsdirektion erteilt Lagerhaltern oder Lagerhalterinnen gemäss Artikel 482 Absatz 1 OR die Bewilligung zur Ausgabe von Warenpapieren.

³ Die Sicherheitsdirektion kann Bestimmungen über Ausgabe und Gestaltung von Warenpapieren erlassen.

II.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

E. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG)

I.

Das Einführungsgesetz vom 19. September 1996¹ zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG) wird wie folgt geändert:

§ 1 Betreibungs- und Konkurskreis

Das Gebiet des Kantons Basel-Landschaft bildet einen Betreibungs- und Konkurskreis.

¹ GS 32.753, SGS 233

§ 2 Betreibungs- und Konkursamt

¹ Das Betreibungs- und Konkursamt Basel-Landschaft ist eine Hauptabteilung der Zivilrechtsverwaltung.

² Aufgehoben

³ Die Sicherheitsdirektion ist zuständig für die Verwahrung, Versteigerung und Verwertung von Fahrnisgegenständen aus Pfändungs- und Konkursmassen, soweit diese nicht durch das Betreibungs- und Konkursamt durchgeführt werden. Das Nähere regelt der Regierungsrat.

§ 3 Ausstand

¹ Befindet sich eine Person des Betreibungs- oder Konkursamtes im Ausstand, so weist die Leitung der Zivilrechtsverwaltung dieses Verfahren einer anderen Person des Amtes zu.

² Über streitige Ausstandsbegehren entscheidet die Aufsichtsbehörde.

§ 4

Aufgehoben

§ 6 Aufsichtsbehörde

Die Aufsicht über das Betreibungs- und Konkursamt nach Artikel 13 SchKG¹ übt die Dreierkammer der Abteilung Zivilrecht des Kantonsgerichts aus.

§ 13a Absatz 1

¹ Zuständige Behörde nach Artikel 230a SchKG ist für Liegenschaften die Bau- und Umweltschutzdirektion, ansonsten die Sicherheitsdirektion.

II.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

F. Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (Verwaltungsorganisationsgesetz)

I.

Das Gesetz vom 6. Juni 1983² über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (Verwaltungsorganisationsgesetz) wird wie folgt geändert:

¹ SR 281.1

² GS 28.436, SGS 140

Untertitel D

Aufgehoben

Untertitel I

Aufgehoben

§§ 39 - 41

Aufgehoben

Untertitel III

Aufgehoben

§§ 45 - 47

Aufgehoben

II.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

G. Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)**I.**Das Gesetz vom 28. Mai 1970¹ über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz) wird wie folgt geändert:**§ 35 Zugehörigkeit zu den Bezirken**

Die Einwohnergemeinden gehören wie folgt zu den Bezirken:

a. Bezirk Arlesheim

- | | |
|----------------|-----------------|
| 1. Aesch | 9. Münchenstein |
| 2. Allschwil | 10. Muttenz |
| 3. Arlesheim | 11. Oberwil |
| 4. Biel-Benken | 12. Pfeffingen |
| 5. Binningen | 13. Reinach |
| 6. Birsfelden | 14. Schönenbuch |
| 7. Bottmingen | 15. Therwil |
| 8. Etingen | |

¹ GS 24.293, SGS 180**b. Bezirk Laufen**

- | | |
|----------------------|----------------|
| 1. Blauen | 8. Liesberg |
| 2. Brislach | 9. Nenzlingen |
| 3. Burg im Leimental | 10. Roggenburg |
| 4. Dittingen | 11. Röschenz |
| 5. Duggingen | 12. Wahlen |
| 6. Grellingen | 13. Zwingen |
| 7. Laufen | |

c. Bezirk Liestal

- | | |
|----------------|-----------------|
| 1. Arisdorf | 8. Lausen |
| 2. Augst | 9. Liestal |
| 3. Bubendorf | 10. Lupsingen |
| 4. Frenkendorf | 11. Pratteln |
| 5. Füllinsdorf | 12. Ramlinsburg |
| 6. Giebenach | 13. Seltisberg |
| 7. Hersberg | 14. Ziefen |

d. Bezirk Sissach

- | | |
|-----------------|------------------|
| 1. Anwil | 16. Ormalingen |
| 2. Böckten | 17. Rickenbach |
| 3. Buckten | 18. Rothenfluh |
| 4. Buus | 19. Rümelingen |
| 5. Diepflingen | 20. Rünenberg |
| 6. Gelterkinden | 21. Sissach |
| 7. Häfelfingen | 22. Tecknau |
| 8. Hemmiken | 23. Tenniken |
| 9. Itingen | 24. Thürnen |
| 10. Känerkinden | 25. Wenslingen |
| 11. Kilchberg | 26. Wintersingen |
| 12. Läuelfingen | 27. Wittinsburg |
| 13. Maisprach | 28. Zeglingen |
| 14. Nussdorf | 29. Zunzgen |
| 15. Oltingen | |

e. Bezirk Waldenburg

- | | |
|----------------|-----------------|
| 1. Arboldswil | 9. Lauwil |
| 2. Bennwil | 10. Liedertswil |
| 3. Bretzwil | 11. Niederdorf |
| 4. Diegten | 12. Oberdorf |
| 5. Eptingen | 13. Reigoldswil |
| 6. Hölstein | 14. Titterten |
| 7. Lampenberg | 15. Waldenburg |
| 8. Langenbruck | |

II.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

H. Schlussbestimmungen

Folgende Änderungen werden nur rechtswirksam, wenn die Änderung der Kantonsverfassung betreffend § 41 und § 79 Absatz 1 in der Volksabstimmung angenommen wird:

- Gesetz über die Einführung des Zivilgesetzbuches (EG ZGB)¹: § 6c Buchstabe b, § 105 Einleitungssatz und Buchstabe v, § 106 Buchstaben b und d, § 107, § 108 Absätze 1 und 3, § 109 Absatz 1 Einleitungssatz, § 110 Absätze 4 und 7, § 111, § 112, § 113 Absätze 1 und 6, § 114 Absatz 1, § 117 Einleitungssatz und Buchstabe c, § 119 Absatz 1, § 123 Absatz 1, § 152, § 154 Absätze 1 und 3;
- Gesetz über die Einführung des Obligationenrechts (EG OR)²: § 5, § 6, § 8;
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG)³: § 2 Absatz 1, § 3, § 6;
- Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (Verwaltungsorganisationsgesetz)⁴: § 39, § 40, § 41, § 45;
- Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz)⁵: § 35.

Liestal, 22. März 2012

Im Namen des Landrates
der Präsident: Hess
der Landschreiber: Achermann

¹ GS 36.153, SGS 211

² GS 34.809, SGS 212

³ GS 32.753, SGS 233

⁴ GS 28.436, SGS 140

⁵ GS 24.293, SGS 180

Dekret zum Gesetz über den Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht

Änderung vom 22. März 2012

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 63 Absatz 1 der Kantonsverfassung¹ beschliesst:

A. Dekret über das Zivilstandswesen**I.**

Das Dekret vom 12. März 1998² über das Zivilstandswesen wird wie folgt geändert:

§ 1 Zivilstandskreis

Das Gebiet des Kantons Basel-Landschaft bildet einen Zivilstandskreis.

§ 2 Benennung des Zivilstandskreises, Amtssitz

¹ Der Amtssitz befindet sich am Amtssitz der Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft.

² Die Sicherheitsdirektion kann den Amtssitz in eine andere Gemeinde verlegen.

§ 3 Absatz 2

² Die Sicherheitsdirektion kann ausserdem Trauungen in Gemeinden bewilligen, die ein würdiges Traulokal zur Verfügung stellen.

§ 4 Absatz 2

² Die Sicherheitsdirektion ordnet die periodische Mikroverfilmung der Zivilstandsregister an und sorgt für die vorschriftsgemässe Aufbewahrung des Filmgutes.

§ 6 Absatz 2

² Die Anstellungsbehörde bezeichnet die Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstands-

¹ GS 29.276, SGS 100

² GS 33.140, SGS 211A

beamten sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter nach Artikel 4 der ZStV.

§ 7 Sicherheitsdirektion

Aufsichtsbehörde über das Zivilstandswesen ist die Sicherheitsdirektion.

§ 8 Titel

Besondere Aufgaben der Sicherheitsdirektion

§ 8 Einleitungssatz

Die Sicherheitsdirektion ist zuständig für:

(...)

f. Beurteilung von Widerhandlungen gemäss Artikel 91 ZStV.

§ 9 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion erteilt gemäss Artikel 36 Absatz 2 ZStV die Bewilligung zur Bestattung oder Ausstellung eines Leichenpasses, bevor die Anzeige des Todes oder Leichenfundes an das Zivilstandsamt erfolgt ist.

§ 12 Absatz 1 Buchstabe b

¹ Stirbt eine bekannte Person in ihrer Wohnortgemeinde, so kann der Tod bei der Einwohnergemeinde des letzten Wohnsitzes der verstorbenen Person mündlich angezeigt werden. Dies gilt nicht

b. für die Gemeinde des Amtssitzes des Zivilstandsamtes.

§ 13 Veröffentlichungen

Die Sicherheitsdirektion bestimmt, in welchen Fällen und mit welchen Angaben die Veröffentlichung von Geburten, Todesfällen, Verkündungen und Trauungen zuzulassen ist.

II.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

B. Dekret zum Verwaltungsorganisationsgesetz

I.

Das Dekret vom 6. Juni 1983¹ zum Verwaltungsorganisationsgesetz wird wie folgt geändert:

§ 4 Absatz 1

¹ Die Direktionen und die Landeskantlei umfassen die folgenden Dienststellen:

- Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
- Amt für industrielle Betriebe
- Amt für Liegenschaftsverkehr
- Amt für Kultur
- Amt für Migration
- Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
- Amt für Raumplanung
- Amt für Umweltschutz und Energie
- Amt für Volksschulen
- Bauinspektorat
- Dienststelle Gymnasien
- Fachstelle Erwachsenenbildung
- Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe
- Finanzverwaltung
- Amt für Wald beider Basel
- Hochbauamt
- Jugendanwaltschaft
- Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA)
- Kantonales Laboratorium
- Kantonale Psychiatrische Dienste
- Kantonales Sozialamt
- Kantonsspital Bruderholz
- Kantonsspital Laufen
- Kantonsspital Liestal
- Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain
- Lufthygieneamt beider Basel
- Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof
- Motorfahrzeugkontrolle

¹ GS 28.448, SGS 140.1

- Personalamt
- Polizei Basel-Landschaft
- Rechtsdienst
- Schulpsychologischer Dienst
- Schul- und Büromaterialverwaltung und Verlag des Kantons Basel-Landschaft
- Sicherheitsinspektorat
- Sportamt
- Staatsanwaltschaft
- Staatsarchiv
- Statistisches Amt
- Steuerverwaltung
- Tiefbauamt
- Amt für Geoinformation
- Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft

II.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

C. Schlussbestimmung

Dieses Dekret wird nur rechtswirksam, wenn auch die Änderung der Kantonsverfassung betreffend § 41 und § 79 Absatz 1 sowie das Gesetz über den Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats und über die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht Rechtswirksamkeit erlangen.

Liestal, 22. März 2012

Im Namen des Landrates
der Präsident: Hess
der Landschreiber: Achermann